Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9. Fernsprecher Königstadt 1006, 1076 und 1262. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin. Verbandsgelder sind an Otto Behms, Berlin O 34, Memeler Straße 8-9 (Postscheckkonto Berlin Nr. 5336), zu richten

Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mark. Anzeigenannahme: „Werba", Gesellschaft für Anzeigen- und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 48. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile 90 Pf. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Tel.-Adr.: „Werba-Blätter" Berlin

Nummer 28 — Berlin, den 11. Juli 1930 — 42. Jahrgang

Unüberbrückbare Gegensätze

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen sind am 24. Juni resultatlos abgebrochen worden. Die Gegensätze in den Ansichten über die Ursachen sowie über die Mittel und Wege zur Bekämpfung und Beseitigung der Wirtschaftskrise mit all ihren verheerenden Wirkungen waren — wie vorauszusehen — zu groß, um eine gemeinsame Plattform finden zu können.

Es kam zu den Verhandlungen auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern, die angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der überaus schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt anregten, in gemeinsamen Besprechungen einen Weg zu suchen, der einerseits die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen eindeutig sicherstelle, andererseits zu einer Ankurbelung der Wirtschaft führen könne.

Daß sich die Unternehmer an die Gewerkschaften wandten, beweist, daß die Unternehmer den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als einen bedeutsamen Machtfaktor im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben einschätzen. Und die resultatlos abgebrochenen Verhandlungen zeigen auch, daß die Vertreter der Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterschaft rückhaltlos vertraten, daß sie den Standpunkt der Unternehmer, eine Ankurbelung und allgemeine Belebung der deutschen Wirtschaft könne nur bei Preisgabe sozialpolitischer Errungenschaften und gleichzeitiger Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten erreicht werden, als völlig falsch und irreführend nachwiesen und es strikte ablehnten, solchen abwegigen Gedankengängen zu folgen.

Die Vertreter des ADGB. gaben zum Schluß folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.

Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrunde der Beratungen stehen.

Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Oeffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches von Oeynhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwereisenindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinzielen. Nicht minder muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unzweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tariferhöhungen zu vermeiden. Wenn einflußreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich.

Die Massenkündigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Oeynhausener Schiedsspruchs, den Antrag auf Entlassung von 7 Proz. ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Oeffentlichkeit Mißtrauen hervorrief.

Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind."

Die Unternehmervertreter hatten wohl selbst das Gefühl, daß sie die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen tragen. Um sich daher gegenüber der Oeffentlichkeit zu decken, sprachen sie die Meinung aus, daß die Fragen der Wirtschaftskrise an anderer Stelle weitererörtert werden könnten. Man einigte sich dahingehend:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet."

Die Arbeiterschaft muß aus dieser Angelegenheit den einzig richtigen Schluß ziehen, daß sie nur durch eigene Kraft ihre jetzige Lebenslage halten und noch weiter verbessern kann. Stärkung und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation muß die Losung sein.

Die Verurteilung der „Roten Fahne"

Wie wir bereits in Nr. 27 des „Textil-Arbeiter" kurz mitteilten, wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Philipp Dengel in der am 28. Juni 1930 vor dem Amtsgericht in Berlin-Moabit stattgefundenen Hauptverhandlung über die Beleidigungsklage einiger Hauptvorstandsmitglieder unseres Verbandes gegen die „Rote Fahne" zu

300 Mark Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis

und zur Tragung sämtlicher Kosten des Prozesses verurteilt. Außerdem muß das Urteil, nachdem es rechtskräftig geworden ist, in der „Roten Fahne", im „Vorwärts" und im „Textil-Arbeiter" auf Kosten des Beklagten veröffentlicht werden.

Die Klage unserer Vorstandsmitglieder, der Kollegen Dressel, Feinhals, Rödel und des inzwischen infolge Pensionierung aus dem aktiven Verbandsdienst ausgeschiedenen Kollegen Albin Reichelt gegen die „Rote Fahne" ist, wie unseren Mitgliedern bekannt ist, deshalb angestrengt worden, weil das kommunistische Zentralorgan in sensationeller Aufmachung die vorstehend genannten Kläger als Führer unserer Organisation der Bestechlichkeit, Veruntreuung von Verbandsgeldern usw. beschuldigte. Die von der „R. F." veröffentlichten und von dieser als wahr bezeichneten Unterstellungen stammten aus einer Verteidigungsschrift, die der ehemals bei uns im Hauptvorstand tätige Schulze nach seinem wegen Verrats von vertraulichen Verbandsbeschlüssen und Fälschungen erfolgten Ausschluß und der damit verbundenen Entlassung dem Verbandsausschuß unterbreitete. Die Verbandsinstanzen haben, wie bekannt, in der Angelegenheit eine eingehende Untersuchung vorgenommen, die das Ergebnis hatte, daß auch nicht der geringste Beweis für die von Schulze vorgebrachten Anschuldigungen erbracht werden konnte.

Die „R. F." hat, trotzdem ihr das Untersuchungsergebnis der Verbandsinstanzen bekannt war, zwei Jahre nach dem Vorfall selbst das ihr von Schulze oder einem seiner Hintermänner angebotene Material veröffentlicht und es zu einer groß angelegten Verleumdungskampagne gegen die Führer unseres Verbandes und damit auch gegen die Organisation benutzt. Daß die kommunistischen Ableger vom Schlage des „Kämpfer" in Chemnitz und eine Reihe anderer KPD.-Zeitungen im Feldzug gegen den DTAV. der „Roten Fahne" nicht nachstanden und in ebenso sensationeller Aufmachung alles aus der „R. F." abdruckten, versteht sich bei der Einstellung dieser Blätter von selbst.

Es war deshalb nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, daß die obengenannten angeschuldigten Vorstandsmitglieder unserer Organisation gegen den damals als verantwortlichen Redakteur der „R. F." zeichnenden Dengel Strafantrag stellten.

Dengel hat es vorzüglich verstanden, sich ein ganzes Jahr lang vor der gerichtlichen Verantwortung zu drücken.

Da er Reichstagsabgeordneter ist, mußte um die Aufhebung der Immunität nachgesucht werden, was an und für sich schon eine gewisse Zeitspanne erforderte. Darüber hinaus entzog sich Dengel aber der Verantwortung dadurch, daß er kurz vor Ansetzung des ersten Termins in einer „dienstlichen" Angelegenheit — wie er angibt — nach der Hauptstadt des gelobten Landes der KPDisten, nach Moskau, verreiste. So zog sich die Angelegenheit ein volles Jahr hin, ehe es überhaupt möglich war, Dengel vor die Schranken des Gerichts zu bringen.

Auch in der am 28. Juni stattgefundenen Hauptverhandlung versuchte Dengel, wesentlich unterstützt von seinem Rechtsanwalt Dr. Samter, eine Verschleppung des Prozesses. Ein von diesem gestellter Vertagungsantrag mit der Begründung, daß es nicht möglich gewesen sei, den Schulze, der als Kronzeuge für die von der „R. F." erhobenen Anschuldigungen auftreten sollte, zu laden, wurde jedoch zum Leidwesen der KPDisten vom Gericht abgelehnt.

Dengel mußte sich dabei sagen lassen, daß das Gericht der Meinung sei, daß die Aussagen des Schulze, der, nebenbei bemerkt, sein „Material" auch dem Arbeitgeberverband mehrmals angeboten hat, wohl kaum eine ernste Beweisführung erbringen könne, da doch die Verbandsinstanzen, von denen Schulze auch vernommen worden sei, zu einem negativen Ergebnis der Untersuchung gekommen seien und die Privatkläger noch heute ihre Aemter bekleideten, woraus geschlossen werden muß, daß sie nach wie vor das Vertrauen der Mitgliedschaft besitzen. Außerdem wurde festgestellt, daß Schulze vor kurzem in einer Klagesache gegen die kommunistische Zeitung in Reichenberg in der Tschechoslowakei, die den Erguß der „R. F." nachgedruckt hatte, bei einer kommissarischen Vernehmung in Berlin nichts wesentliches zu sagen hatte, was als Beweisführung für die angestellten Behauptungen gelten könne, sondern vielmehr als eine Entlastung der Privatkläger anzusehen sei.

Dengel und dessen Rechtsanwalt verzichteten im weiteren Verlauf der Verhandlung auf jede Beweisführung, da ihnen dies natürlich auch völlig unmöglich war. Dengel selbst gebärdete sich aber dafür in seinen letzten Ausführungen als „echter Revolutionär", indem er nochmals ohne Anlaß die vor Gericht anwesenden Privatkläger als „korrupte Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft" bezeichnete. Das sagt ein Mann, dessen Werdegang alles andere als der eines proletarischen Führers ist, und von dem man wohl annehmen kann, daß er kaum jemals freigewerkschaftlich organisiert war. Als junger Lehrer zum Militär eingerückt, kam Dengel nach der Revolution zur Arbeiterbewegung, wo er sich bald ins kommunistische Lager schlug und dort Redakteur wurde, um in dieser Eigenschaft es als seine Hauptaufgabe zu betrachten, über alte bewährte Führer der Gewerkschaftsbewegung Schmutzkübel der Verleumdung auszuschütten.

Wir sind der Meinung, daß die denkende Arbeiterschaft über diese Leute, deren Hauptaufgabe anscheinend darin besteht, die Arbeiterbewegung zu spalten und zu zerstören, ihr Urteil zu fällen weiß. **Mit der Fällung des Gerichtsurteils, das sich auf die §§ 185, 186 StrGB. stützt und das die Verleumder an den Pranger stellt, wird und muß verbunden sein eine intensive Aufklärungsarbeit unserer Mitglieder über das wahre Treiben der sich revolutionär gebärdenden kommunistischen Skribifaxe, denen es nur darum zu tun ist, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der freien Gewerkschaftsbewegung zu erschüttern und dabei ihre Parteisuppe kochen zu können. Für diesesmal ist es ihnen jedoch vorbeigelungen.**

ubr.

Politik der Widersprüche

Krisenüberwindung durch Sonderinvestitionen

Die amtliche Wirtschaftspolitik bewegt sich seit Wochen und Monaten in unaufhörlichen und in den ungeheuerlichsten Widersprüchen. Man will die Preise senken. Aber man wagt nicht, etwas gegen die Preisdiktatur der Kartelle und Truste zu tun. Man will den Warenverkehr verbilligen. Deshalb — Ironie des Schicksals — wird die genossenschaftliche Warenversorgung mit besonderen Steuern belegt. Man erhöht die Exportprämien und liefert dem Ausland den Roggen zur Hälfte des Inlandspreises. Mit dem Erfolg, daß die deutschen Mühlen kein Mehl nach dem Ausland exportieren können. Sie werden zur Stillegung verdammt. Der mit Reichsmitteln verschleuderte deutsche Roggen hat ihnen das Absatzgebiet im Ausland genommen.

Das ist eine kleine Blütenlese. Der tollste Widerspruch dieser amtlichen Wirtschaftspolitik ist aber die Lohnsenkung, eine Idee, die in ihrer Konfusität den Eindruck macht, als ob sie dem Gehirn eines verantwortungslosen mittelständlerischen Versammlungspropagandisten entsprungen wäre. Nehmen wir einmal an, wir kämen zu der erstrebten, von dem Unternehmertum und der Regierung geforderten Lohnsenkung in größerem Umfange. Dann könnte sich nur Zweifaches ergeben. Man würde der Industrie den Absatzmarkt weiter verkleinern, damit die Krise verschärfen und dem Unternehmertum geradezu zu einer Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit, seiner Kapazität zwingen. Der verringerte Lohn bedeutet eine größere Profitquote, eine verstärkte Kapitalbildung. Man kann aber Geld nicht immer auf der hohen Kante liegen lassen. Geld muß produktiv verwandt werden. Also muß einmal der Augenblick kommen, wo das mit Hilfe von Lohndruck angesammelte Kapital angelegt werden muß. Es entsteht die Frage, wo und wie man zu investieren hat. Zu dieser Frage liefert der Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft einen äußerst wertvollen Beitrag.

Der erwähnte Bericht betont ganz richtig, daß zurzeit kein Bedürfnis bestehe, die Produktionsstätten beispielsweise für Baustoffe oder Kohle, die auch bei erheblich größerer als der gegenwärtigen Nachfrage noch ausreichen werden, auszudehnen. Man kann das Gesagte verallgemeinern. Die gesamte Fertigwarenindustrie hat ihre Kapazität derart gesteigert, daß ein großer Gegensatz zwischen Produktionsmöglichkeit und Kaufkraft entstanden ist, daß man Waren produzieren kann, die nicht abzusetzen sind. Der Gegensatz wird sich durch Lohnabbau nur vergrößern und verschärfen. Ausbau der Kapazität in der eigentlichen Industrie würde das Krisenübel vergrößern und eine bedenkliche Kapitalsfehlleitung darstellen. Wo sind aber neue Arbeitsplätze? Die Reichskreditgesellschaft beantwortet diese Frage in der Art, daß Investitionen auf Gebieten einer Erleichterung bedürfen, in denen sich die Anlagen als zu klein erweisen oder der Wahrscheinlichkeit nach als ungenügend erweisen müssen. In Frage kommen die Gebiete des Wohnungsbaus, des Baus von Straßen, von Kraftwerken usw. Diese Gebiete stellen sich als Schlüsselindustrien dar. Sie erschließen gleichsam wirtschaftliche Tätigkeit, indem sie den andern Industrien Aufträge und Arbeit geben. Arbeit ist also in Deutschland in Hülle und Fülle vorhanden. Wie kommt es aber, daß man diese Arbeiten nicht in Angriff nimmt?

Hier ist an das amerikanische Beispiel zu erinnern. Als sich die Weltkrise in Amerika bemerkbar machte, wartete die nordamerikanische Regierung mit einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, das in erster Linie den Ausbau von Häfen und Straßen vorsieht. Die Kapitalströme sollten dadurch in Gebiete gelenkt werden, wo Neuinvestitionen nötig und wirtschaftsangängig sind. Dieser Prozeß ist in Amerika im Gange. Deutschland hat nicht in dem Maße vorgesorgt wie Amerika. In Deutschland ging man über die gewerkschaftliche Forderung, die Krise durch eine positive Konjunkturpolitik zu vermindern, leichtsinnig hinweg. Man daß sich vom Konjunkturrückgang überzeichnen. Allerdings fehlt in Deutschland nicht der Kapitalstrom zur Verfügung, den Amerika hat. Die einsetzende Vertrauenskrise führte zu einer empfindlichen Abwanderung ausländischen und auch inländischen Kapitals (Kapitalflucht). Der Kapitalmangel wurde dann für die Einschränkung der Produktion, also für den Verlauf der Krise, für lange Zeit ausschlaggebend, die die durch Lähmung der wirtschaftlichen Aktivität freiwerdenden Gelder die Situation von Grund auf veränderten. Die Geldmärkte haben sich verflüssigt und das größer werdende Angebot an verfügbaren Geldern wird natürlich früher oder später auch dem Kapitalmarkt und damit den Neuinvestitionen zugute kommen. Die Kapitalfrage ist also für den Konjunkturverlauf nicht mehr der entscheidende Faktor. Die Entscheidung liegt vielmehr bei der Rentabilitätsfrage.

Der Erlös, der mit Hilfe neuer Anlagen erzielt werden kann, ist, so sagt der Bericht der Reichskreditgesellschaft, wahrscheinlich geringer als er in den vergangenen Jahren war; er wird verständlicherweise in einer Zeit starker Preisverringerung auch für die Zukunft geringer geschätzt. Das Unternehmertum will aber eine größere Profitquote. Daher hat Zurückhaltung gegenüber jeder Art von Investition Platz gegriffen, die nicht allein in dem Mangel an Kapital, sondern darüber hinaus in der Frucht künftiger Verminderung der Erlöse ihren Grund hat. Daran anschließend stellt die Reichskreditgesellschaft die Forderung auf: bei solcher oft berechtigten Befürchtung muß Verminderung der Kosten dem Unternehmer Aussicht auf Aufrechterhaltung der Gewinne eröffnen, der Unternehmer muß die Möglichkeit sehen, den Gewinn dem vermehrten tatsächlichen oder scheinbaren Risiko anzupassen.

Wir leben eben in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der nicht für den Bedarf, sondern für den Profit gearbeitet wird. Deshalb kann man der Forderung der Reichskreditgesellschaft die Berechtigung nicht absprechen. Kann der Unternehmer nichts verdienen, dann arbeitet er nicht. Er fühlt ja in sich nicht die Verpflichtung, zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise beizutragen, sondern er will auf jeden Fall Profit erzielen, und zwar möglichst hohen Profit. Nach Lage der Dinge ist das nur durch Kostensenkung möglich. Wie Kosten zu senken sind, dafür hat ja die Regierung bereits einen, wenn auch den untauglichsten und unmöglichsten Weg in der Lohnsenkung gezeigt. Vergessen hat man dabei, daß auf Grund einer ganz bestimmten psychologischen Verkettung mit dem Lohn auch die Arbeitslust und damit auch die Arbeitsleistung sinkt, daß, weil jede Ware ja auch verkauft werden muß, Lohnabbau die Kapazitätsübersteigerung noch bedenklicher macht und daß schließlich jeder Gewinn vom Umsatz abhängt, die Kaufkraftdrosselung zu einer Serie von Pleiten führt. Der Lohnabbau kann also für eine Kostensenkung in den Schlüsselindustrien nicht in Frage kommen. Die Kostensenkung muß mit anderen Mitteln erreicht werden.

Hier kommt zuerst mal eine Verbilligung der Materialien in Betracht. Gerade die Baustoffindustrie ist wegen ihrer Preisübersteigerung berüchtigt. Hier müßten erst mal die Preise normalisiert werden. Des weiteren ist ja bekannt, daß die Arbeitsmethoden in den Schlüsselindustrien rückständig sind. Hier muß der Rationalisierungsprozeß, dem sich die übrige Industrie bereits unterworfen hat, nachgeholt werden. Die Vervollkommnung der Arbeitsmethoden, Materialersparnis usw. können hier nur zu Erfolgen führen, die sich in einer Senkung der Gestehungskosten auswirkt. Bleibt die Rationalisierung allerdings stecken, wirkt sie sich nicht bei den Endpreisen aus, dann ist selbstverständlich ihr Zweck verfehlt.

Andererseits wird die Zinsfrage eine Rolle spielen. Die Gestehungskosten in den Schlüsselindustrien sind von jeher stark von der Zinshöhe abhängig. Das Zinsniveau kann aber nur durch möglichst großes Kapitalangebot gedrückt werden, d. h. die amtliche Kreditpolitik hat sich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts zu orientieren. Hier zeigt sich aber wieder einmal die Politik der Widersprüche. Noch vor einigen Tagen hat die Regierung Richtlinien für die Neuordnung der Beratungsstellen herausgegeben, die für die Aufnahme von Auslandskrediten entscheidend sind. Obwohl die Beratungsstelle in der Vergangenheit gezeigt hat, daß sie die internationalen Geldmarktverhältnisse nicht beurteilen kann, will man die Diktatur der Beratungsstelle aufrechterhalten, d. h. man will den Gemeinden die Aufnahme von Auslandsanleihen unmöglich machen. Die Gemeinden kommen aber für Wohnungs- und Straßenbauten ausschließlich in Frage.

„Reform" der Krankenversicherung

Im Rahmen ihres Sparprogramms hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über Aenderungen in der Krankenversicherung aufgestellt. Der Entwurf beschäftigt zurzeit den Reichsrat

Wenn ist der Mann gestorben?
Er konnte den Eintritt nicht bezahlen!

und wird in den nächsten Tagen bereits dem Reichstag zur beschleunigten Verabschiedung zugehen. Aus diesem Anlaß hatte der Hauptverband deutscher Krankenkassen, der mehr als zwölf Millionen Versicherte verkörpert, zum 26. Juni nach Berlin eine Kundgebung der deutschen Krankenkassen einberufen.

Nach einer lebhaften Aussprache schloß die Kundgebung mit der Annahme nachstehender Entschließung:

„Die am 26. Juni 1930 in Berlin zu einer Kundgebung versammelten Landesverbände des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen erheben namens der von ihnen vertretenen zwölf Millionen Versicherten schwerste Bedenken gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen in der Krankenversicherung.

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Arbeitgebern und Versicherten aufgestellten Reformvorschläge großenteils unberücksichtigt.

Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenscheingebühr, die schon durch ihre Häufung untragbar ist. Die vornehmste Aufgabe der Krankenversicherung, den Kranken schnelle und stets bereite Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die in dem Entwurf vorgeschlagene Reform des kassenärztlichen Dienstes und die beabsichtigten Verwaltungsvereinfachungen sichern völlig die von der Reichsregierung als notwendig bezeichneten Ersparnisse.

Die geplante weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts ist ungerechtfertigt und nur geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenkassen zu stören.

Dagegen läßt der Entwurf die dringend notwendige Vereinfachung in der Organisation durch Beseitigung der Zwergkassen und durch Bildung von Pflichtkassenverbänden bedauerlicherweise vermissen.

An den Reichstag richten die Versammelten die dringende Bitte, ihre auf Grund jahrzehntelanger tätiger Mitarbeit kundgegebenen Wünsche nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie fordern eine gründliche Umgestaltung dieses Gesetzentwurfs zu einer den sozialen Bedürfnissen der Versicherten gerecht werdenden Reform der Krankenversicherung."

Politische Wochenschau

Verschlechterung der Sozialversicherung. — Amnestie für Fememörder. — Krach bei den Hakenkreuzlern. — Ein Staatskommissar für Berlin. — Faschistische Pläne in Finnland.

Als die ersten der von der Regierung angekündigten Vorlagen zur Sanierung der Reichsfinanzen sind dem Reichstag die Gesetzentwürfe zur Arbeitslosenversicherung und zur Krankenversicherung zugegangen. Es ist kennzeichnend für die Absichten der Regierung, daß die Deckung der Fehlbeträge mit der Verschlechterung der Sozialversicherung begonnen werden soll. Freilich geht den Unternehmern der Abbauplan noch nicht weit genug. So behauptete bei der Beratung der volksparteiliche Abgeordnete Hueck, ein Bergwerksdirektor aus Westfalen, daß die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral zerstöre. Ein Vertreter der Christlich-Nationalen Bauernpartei rief den Arbeitslosen höhnisch zu, sie sollten auch einmal Opfer bringen. So erklärt es sich, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien außerordentlich hohe Strafen festlegen wollen, wenn die Arbeiter die Arbeitslosenversicherung nicht buchstabengetreu in Anspruch nehmen. Aehnlich bei der Krankenversicherung. Statt der dringend notwendigen Vereinheitlichung des Krankenkassenwesens sollen Ersparnisse erzielt werden auf Kosten der Kranken, so daß von diesem Gesetz eine schwere Schädigung der Volksgesundheit erwartet werden muß.

* * *

Der Reichstag hat in dritter Lesung einen von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Erlaß einer Amnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung gegen 230 gegen 135 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen diese Amnestie, weil davon im wesentlichen jene Fememörder getroffen werden, die ihre Taten mit politischer Motivierung begangen und später die Verantwortung von sich abzuwälzen gesucht haben. Die Kommunisten, die noch bei der zweiten Lesung erklärt hatten, daß sie die Amnestierung der Fememörder ablehnten, stimmten zuletzt für den deutschnationalen Amnestieantrag. Schon einige Zeit vorher hatten Kommunisten und Deutschnationale miteinander verhandelt und nur weil ihnen der Reichsjustizminister Bredt von der Wirtschaftspartei versprochen hatte, daß im Gnadenwege auch einige Kommunisten freigelassen und künftige Hochverratsprozesse nach den Bestimmungen des neuen Strafgesetzentwurfs behandelt werden sollten, fielen sie zuletzt um und sorgten für die Befreiung der Fememörder. Das ist um so bemerkenswerter, weil die Kommunisten immer behaupten, daß sie sich nicht auf Bitten und Betteln einlassen, sondern im Kampf ihre Forderungen durchsetzen würden. Hier haben sie solange gebeten und gebettelt, bis sie wenigstens ein Versprechen eingehandelt hatten.

* * *

Im Lager der Hakenkreuzler ist ein großer Krach ausgebrochen. Es handelt sich um die Austragung von Gegensätzen zwischen der Berliner Richtung um die Brüder Straßer und der Hitler-Richtung in München. Hitler beherrscht den Parteiapparat, wogegen die Straßer im Besitze des größten Teils der nationalsozialistischen Zeitungen sind. Während Hitler mit den bürgerlichen Parteien paktieren will, um, wie schon in Thüringen, so auch in Sachsen und wenn möglich auch im Reich in die Regierung zu kommen, wollen die Straßer den Nationalsozialismus auf sozusagen revolutionärem Wege verwirklichen. Diese Auseinandersetzungen werden bei den Hakenkreuzlern in ähnlichen Formen geführt, wie man sie schon von den Kommunisten her kennt. Hitler bezeichnet die andern als „wurzellose Literaten" und „chaotische Salonbolschewisten".

* * *

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einstimmig die vom Magistrat vorgeschlagene Steuerverteilung abgelehnt. Nachdem schon vorher feststand, daß die Reichshauptstadt keinen Haushalt für dieses Jahr zustande bringen würde, ist jetzt auch die Deckung der Ausgaben unerledigt geblieben. Nunmehr muß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg einen Staatskommissar einsetzen, der von sich aus einen Haushalt aufstellt und für dessen Durchführung Sorge trägt. Die Stadt Berlin hat damit auf ihre Selbstverwaltung verzichtet, gewiß kein schönes Beispiel für die Gemeinden im Reich. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte bis zuletzt versucht, diesen unwürdigen Zustand von der Reichshauptstadt abzuwenden. Das scheiterte aber an dem selbstsüchtigen Verhalten der Rechtsparteien und der Kommunisten. Deren Schuld wird es sein, wenn die sozialen Bedürfnisse der breiten Massen der Berliner Bevölkerung jetzt vernachlässigt werden.

* * *

In Finnland versuchen die reaktionärsten Schichten der Bevölkerung ein faschistisches Regime zu errichten. Schon im Jahre 1917, als sich Finnland von Rußland löste, hatten die rechtsbürgerlichen Kreise die Oberhand gewonnen und eine Schreckensherrschaft gegen die Arbeiterbevölkerung ausgeübt. In dem letztvergangenen Jahrzehnt hat das Land aber eine ruhige Entwicklung zur Demokratie nehmen können und auch die Arbeiterbewegung war wieder erstarkt. Die demokratische Freiheit nutzten die Kommunisten aus, um die Arbeiterorganisationen zu spalten und die übrige Bevölkerung zu provozieren. Nunmehr sammelten sich faschistisch verhetzte Bauernmassen und gingen gewaltsam gegen die Kommunisten und ihre Presse vor. Sie erreichten auch, daß die bisherige Regierung zurücktrat, nachdem sie drei Gesetzentwürfe vorgelegt hatte, durch die die ganze kommunistische Bewegung vernichtet werden soll. Die Sozialdemokratie hat dagegen aufs schärfste protestiert, aber durch die von den Kommunisten betriebene Zersplitterungsarbeit sind die proletarischen Organisationen so geschwächt, daß leider ein ernsthafter Widerstand gegen die Pläne der finnischen Faschisten nicht zu erwarten ist.

Der wackligeKunstseidenpakt

Rücktritt von I. G. Farben, Borvisk und Rhodiaseta

Die Fachpresse brachte dieser Tage die überraschende Nachricht, daß die J. G. Farben-Industrie Akt.-Ges. es abgelehnt hat, den Kunstseidenpakt zu unterzeichnen und ihren Austritt aus dem Gesamtverband der deutschen Kunstseidenindustrie erklärt hat. Nach der gleichen Meldung hat auch die Borvisk-Akt.-Ges. den Pakt nicht unterzeichnet und beabsichtigt gleichfalls ihren Austritt aus dem Gesamtverband. Ein drittes Unternehmen, das mit dem Vertragswerk nicht einverstanden ist, ist die Rhodiaseta in Freiburg. Damit ist die Wirksamkeit des ganzen Vertragswerkes in Frage gestellt. Vom Standpunkt der Arbeiterschaft ist diese Entwicklung nur zu begrüßen. Läuft doch der Plan des Kunstseidenpaktes darauf hinaus, die Verbraucherschaft in größtem Maßstab zu schröpfen.

Die Monopolgelüste der deutschen Kunstseidenindustrie.

Zum Verständnis der jetzigen Vorgänge ist es notwendig, auf die Entwicklungsgeschichte des Kunstseidenpaktes in kurzen Zügen einzugehen. Es war von jeher das Bestreben der deutschen Kunstseidenindustriellen, den deutschen Inlandsmarkt monopolartig zu beherrschen. Die jetzt bestehenden Zölle reichten dazu nicht aus. Darum versuchte man zunächst, ein internationales Abkommen über Preise und Quoten zustande zu bringen. Den Verhandlungen in dieser Richtung ist bisher ein Erfolg nicht beschieden gewesen, weil vor allem die italienische Kunstseidenindustrie auf eine größere Einfuhr billiger Garne nach Deutschland eingestellt ist und daher glaubt, von einer hohen Einfuhrquote nicht abgehen zu können. Der deutsche Außenhandel in Kunstseide ist aber für die deutschen Fabrikanten trotz der großen Einfuhr aus Italien durchaus günstig. Zwar überstieg im vergangenen Jahr die deutsche Einfuhr gewichtsmäßig die Ausfuhr an Kunstseidengarnen, doch werden in Deutschland vorzüglich hochwertig feinere Garne hergestellt, so daß im Jahre 1929 dem Werte nach die deutsche Ausfuhr fast um die Hälfte höher war als die Einfuhr. Es wurden für rund 65 Millionen Mark Kunstseidengarne nach Deutschland eingeführt, ausgeführt dagegen für 90,5 Millionen Mark. Man sollte meinen, daß die deutschen Kunstseidenfabrikanten mit diesem Ergebnis zufrieden sein könnten.

Zollforderung zur Absperrung des Auslandes.

Da ein internationales Abkommen nicht gelingen wollte, versuchte man, die Abdrosselung der Einfuhr fremder Garne zu erreichen, indem man eine ganz außerordentliche Erhöhung der deutschen Schutzzölle forderte. Ende des vorigen Jahres wurde bekannt, auf welcher Stufe sich die Forderungen bewegten. Während vor dem Krieg die eingeführte Kunstseide mit einem Zoll von 30 Pfennig je Kilogramm belastet war und gegenwärtig die Handelsvertragssätze mit Belgien, Frankreich, der Schweiz und Italien zwischen 60 und 185 Pfennig liegen, forderten die Kunstseidenindustriellen nunmehr für die Hauptposition (ungefärbte Kunstseide, nicht oder einmal gezwirnt) je nach der Feinheit nicht weniger als 1 bis 4 Mk. Zoll je Kilogramm. Für die Position „zweimal gezwirnte gefärbte Kunstseide" werden sogar 2,20 Mk. bis 5,20 Mk. je Kilogramm verlangt.

Kuhhandel: Gewebezölle für Garnzölle.

Wie durch die Indiskretion der J. G. Farben-Industrie Akt.-Ges. jetzt erst bekannt wird, versuchen die Kunstseidenfabrikanten die zu erwartende Opposition der Verarbeiter in der Weberei und Wirkerei dadurch abzubiegen, daß sie sich für höhere Zölle auch für die aus Kunstseide hergestellten Artikel einsetzen wollten. Dieser Plan erschien den Verarbeitern zu unsicher und zum Teil auch als undurchführbar, so daß die Erhöhung der Zölle schon an dem Widerstand der Kunstseidenverarbeiter zu scheitern drohte.

Der Inhalt des Paktes.

Aus diesem Stand der Dinge erwuchs der Gedanke des Kunstseidenpaktes. Der Pakt hat zum wesentlichen Inhalt, daß die vereinigten Verbände der Kunstseidenverarbeiter sich verpflichten, dahin zu wirken, daß mindestens 90 Proz. des Kunstseidenbedarfs ihrer Mitglieder aus deutschen Fabriken bezogen werden. Als Gegenleistung verlangten die Verarbeiter die Zusicherung, daß ihnen nur Weltmarktpreise berechnet werden. Dieser Bedingung stimmten die Kunstseidenindustriellen nur schweren Herzens zu, doch hofften sie, wie ihr Wortführer Müller-Oerlinghausen seinerzeit schrieb, den Preisausfall durch die volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe wettmachen zu können. **Nur unter der Bedingung, daß die vereinigten Verbraucher nur den Weltmarktpreis zu zahlen hätten, stimmten sie nun auch den hohen Zollforderungen der Kunstseidenhersteller zu, und nur unter der Voraussetzung, daß die Bestimmungen des Paktes tatsächlich eingehalten werden, kam auch die einmütige Zustimmung des Reichswirtschaftsrates zu den geforderten Zollerhöhungen zustande.**

Wir haben in unserm Jahrbuch 1929 und an anderen Stellen bereits darauf hingewiesen, welchen wahren Zweck die Kunstseidenherren mit dem Gedanken des Paktes eigentlich verfolgten. Sie haben es ja auch zum Teil selbst zugegeben, daß die drohende Zollerhöhung als Druckmittel bei den internationalen Kartellverhandlungen dienen sollte. Gelänge es der deutschen Kunstseidenindustrie, ein internationales Abkommen zustande zu bringen, so hätte sie es leicht, ihren Abnehmern im Inland Weltmarktpreise zuzusichern, denn in diesem Falle wäre sie ja in der Lage, die Weltmarktpreise weitgehend selbst zu diktieren.

Kein Verzicht auf die Zolldifferenz.

Es stellte sich aber heraus, daß schon während des Vertragsabschlusses ein Teil der deutschen Kunstseidenhersteller nicht daran dachte, die Zusicherung, zu Weltmarktpreisen zu liefern, auch wirklich zu erfüllen. Die J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges. (nebst Aceta) begründet ihren Austritt aus dem Gesamtverband der deutschen Kunstseidenindustrie ganz offen damit, daß sie nicht gewillt sei, bis zum tatsächlichen Inkrafttreten des Paktes ihr Garn an die deutschen Verarbeiter zu Weltmarktpreisen abzugeben. Sie sei der Auffassung gewesen, daß der Schiedsrichter — der übrigens in dem Pakt eine große Rolle spielt — die Möglichkeit haben müsse, bei der Festsetzung der Preise, die den Weltmarktpreisen entsprechen, den heute schon bestehenden Zoll ganz oder teilweise zu berücksichtigen, das heißt, sie verlangt für ihr Garn nach wie vor Weltmarktpreis plus Zoll. Hier wird einmal in aller Oeffentlichkeit von Unternehmerseite zugegeben, daß sie den Zoll brauchen, um ihre Preise entsprechend zu erhöhen. In der Erklärung der J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges. liegt außerdem das Eingeständnis, daß es üblich ist, im Inland zu hohen Preisen zu verkaufen, an das Ausland aber billig zu liefern, eine uns wohlbekannte Tatsache, die aber gleichfalls von den Unternehmern oft bestritten worden ist. Die Vaterlandsliebe des deutschen Unternehmertums kommt darin zum Ausdruck, daß es die eigenen Landsleute stärker ausplündert als die ausländischen Abnehmer.

Der Teil der Kunstseidenfabrikanten, der von dem Pakt nunmehr abgerückt ist, läßt die Oeffentlichkeit wissen, daß sie zwar bereit wären, die Lieferung jener Garnmengen, die heute vom Ausland eingeführt werden, selbst zu übernehmen, daß sie aber nicht im geringsten im Sinne haben, dafür eine Gegenleistung zu bringen. Bis zur internationalen Stabilisierung der Preisverhältnisse für Kunstseide sollte die jetzt übliche Preisberechnung bestehen bleiben, später aber hoffte die deutsche Kunstseidenindustrie, die Weltmarktpreise stark beinflussen zu können.

Was heißt Weltmarktpreis?

In der Unternehmerpresse wird darauf hingewiesen, daß die J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges. gar nicht nötig gehabt hätte, von dem Pakt zurückzutreten, denn es stehe nirgend im Pakt, daß als Weltmarktpreise nur die Preise des Landes zu betrachten sind, das die niedrigsten Preise hat. Es wird darauf hingewiesen, daß z. B. die Preise der englischen und amerikanischen Viscose-Garne noch über den Preisen der deutschen Garne liegen, so daß der Schiedsrichter die Möglichkeit haben müsse, ausgleichend wirkende Preise festzusetzen, mit anderen Worten, daß er die Macht haben müsse, den Weltmarktpreis willkürlich festzustellen.

Die Haltung der Verarbeiter.

Die deutschen Kunstseidenindustriellen sind nun zwar gespalten, sie haben sich aber damit getröstet, daß wenigstens die deutschen Garnverbraucher in voller Einmütigkeit an dem Pakt festhalten. Doch sind Theorie und Praxis hier nicht dasselbe. Besser als aus Worten geht die Haltung der Kunstseidenverarbeiter aus den Zahlen der deutschen Außenhandelsstatistik hervor. Anstatt nun einen Anfang damit zu machen, ihr Garn in größerem Umfange aus deutschen Fabriken zu beziehen, kaufen sie in verstärktem Maße aus dem Ausland. **Nie sind die deutschen Einfuhren an Kunstseidengarn so hoch gewesen wie in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.** Wenige Zahlen sollen das veranschaulichen.

Deutschlands Kunstseiden-Außenhandel

(Kunstseide ungefärbt, nicht oder einmal gezwirnt)

Einfuhr

	1929	1930
	Doppelzentner	
Januar . . .	7 024	7 584
Februar . . .	6 264	9 008
März	6 765	11 076
April . . .	6 270	9 159
Mai	6 279	10 128

Auch dem Werte nach ist seit März die Einfuhr größer als die Ausfuhr.

Hier zeigt sich drastisch, wie es mit der Einigkeit, auf die in der Einleitung zum Kunstseidenpakt hingewiesen wird, in Wirklichkeit bestellt ist. Mehr als bisher kaufen die Garnverbraucher im Ausland, was umgekehrt darauf schließen läßt, daß sie für deutsche Garne nach wie vor hohe Preise zahlen müssen.

Die ganze Geschichte mutet an wie ein Märchen aus „Tausend und eine Nacht". Sie hat aber auch eine sehr ernste Seite. Die Gefahr, daß die geforderten Zollerhöhungen Wirklichkeit werden, ist immer noch nicht beseitigt. Die handelspolitischen Auswirkungen einer solchen Zollerhöhung wären unabsehbar, denn natürlich würde sich das Ausland eine verstärkte Absperrung vom deutschen Markt nicht ohne Gegenmaßnahmen gefallen lassen. Von der Verteuerung der Kunstseidenartikel für die deutschen Verbraucher gar nicht zu reden. Die große Masse der Konsumenten von Kunstseide können also den Riß, der jetzt durch den Gesamtverband der deutschen Kunstseidenindustrie geht, nur begrüßen. **Das beste wäre, wenn das ganze Vertragswerk mitsamt den Zollplänen in die Brüche ginge.** Nach allem, was wir in der letzten Zeit erlebt haben, kann man ja auch noch auf weitere Ueberraschungen in dieser Richtung gefaßt sein. Kl.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

Falscher Kurs — falscher Mann.

Vor einigen Tagen hat das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit seinen Jahresbericht für 1929 vorgelegt, in dem vieles erzählt wird, was die einzelnen Ausschüsse im Rahmen der Rationalisierungsbewegung getan haben. Wenn es darauf ankäme, genau zu katalogisieren und zu registrieren, so hätte das Reichskuratorium eine ganz hervorragende Arbeit geliefert. Wir verlangen aber mehr. Wir stecken in einer Krise, die stark vom Rationalisierungsprozeß beeinflußt ist. Wir haben also ein Recht dazu, wenn wir die Forderung erheben, daß das Reichskuratorium in seinem Jahresbericht Stellung zu dem Rationalisierungsproblem nimmt. Das Reichskuratorium, das gewissermaßen für die deutsche Rationalisierung verantwortlich zeichnet, darf kein Geheimkollegium von Bürokraten sein, sondern von ihm soll ja der Impuls ausgehen, der auch einem Wirtschaftsaufstieg neue Anregungen zu geben hat.

Nichts davon! Bei Vorlage des Jahresberichts gab der Vorsitzende des Instituts, ein gewisser Schäfer, einen Ueberblick über die Arbeit und über das Wollen des Kuratoriums. Er entsprach ungefähr dem Jahresbericht. Wir haben den Eindruck mitgenommen, daß hier nicht der richtige Mann an der Stelle steht. Herr Schäfer mag Nordamerika aus verschiedentlichen Besuchen kennen. Wir wollen das nicht bestreiten, wenn schließlich auch die Tatsache, daß jemand Auslandsdeutscher ist und für einen amerikanischen Großkonzern Kredite vermittelte, noch nicht besagen will, daß er etwas von der Rationalisierung drüben und hüben versteht. Die Schäferschen Ausführungen waren eine Aneinanderreihung von Gemeinplätzen und Eselswiesen, wie wir sie selten erlebt haben, so daß uns dabei der Gedanke kam: nach welchen Gesichtspunkten ist die Wahl dieses Mannes erfolgt? Wir nahmen den Eindruck mit nach Hause: hier steht ein an sich sicherlich brauchbarer Mann am falschen Platz. Leute, die der deutschen Rationalisierung Weg und Impuls geben können, müssen aus anderem Holze geschnitzt sein!

Zusammenschluß Hammersen-Dierig

Dem Monopol entgegen

Der langwierige, mit äußerster Heftigkeit und mit allen Mitteln geführte Kampf zwischen den beiden Konzernen Hammersen A.-G. und Dierig A.-G. hat dasselbe Ende genommen wie in der letzten Zeit alle derartigen Interessenkämpfe. Die streitenden Parteien haben sich vereinigt.

Mit diesem Zusammenschluß tritt eine der größten Baumwollgesellschaften Europas ins Leben. Das Charakteristische an dieser Fusion ist, daß es sich nicht um einen Zusammenschluß der gleichen Branche handelt, sondern daß hier ein Unternehmen ins Leben tritt, das sowohl die Spinnerei als auch die Weberei und die Ausrüstung auf dem Baumwollgebiet umfaßt. Während die Stärke des Hammersen-Konzerns vorzugsweise in der Spinnerei begründet ist repräsentiert die Dierig-Gesellschaft im wesentlichen die Weberei und vor allem die Ausrüstung.

Die Fusion geht in der Weise vor sich, daß die Tochtergesellschaft der Hammersen A.-G., nämlich die Deutsche Baumwoll A.-G. (Debag), die bisher mit 6 Millionen Mark A.-K. ausgestattet war und zu drei Viertel im Besitz der Hammersen A.-G. sich befand, zu einer Holding-Gesellschaft sämtlicher dem Hammersen-Dierig-Konzern unterstellten Unternehmungen ausgestaltet wird und zu diesem Zweck das Kapital auf 39 Millionen Mark erhöht wird, was eine Nettoerhöhung um 3 Millionen Mark bedeutet. (Die Debag besaß bisher 6 Millionen und Dierig 30 Millionen Mark).

Sonach ist formell die Dierig-Gesellschaft in der Hammersen-Gesellschaft aufgegangen, da, wie bereits bemerkt, über drei Viertel des Kapitals der Debag im Besitze der Hammersen-Gesellschaft war.

Welchen Umfang die neue Gesellschaft haben wird, wird in folgendem dargestellt:

Die Hammersen-Gesellschaft selbst besitzt:

1. das Stammunternehmen Baumwollspinnerei und Buntweberei Osnabrück,
2. die Baumwollspinnerei und Rohweberei Rheine,
3. die Baumwollspinnerei Rocholt,
4. die Baumwollspinnerei Rheydt,
5. die Baumwollspinnerei Riesa a. d. Elbe.

Ihre Tochtergesellschaft Debag besitzt die Majorität von

1. Spinnerei und Weberei Kottern,
2. Haunstetter Spinnerei und Weberei,
3. Augsburger Buntweberei vormals Riedinger,
4. Gebrüder Elbers A.-G. in Hagen,
5. A.-G. für Bleicherei und Färberei in Augsburg (Martini),
6. Pongs Spinnerei und Weberei, M.-Gladbach,
7. Tilburgsche Spinnerei und Weberei in Tilburg (Holland),

ferner großen Anteil an der Neuen Augsburger Kattunfabrik in Augsburg und außerdem noch eine ganze Anzahl anderer Beteiligungen.

Die Dierig A.-G., eine reine Familienaktiengesellschaft mit dem Hauptwerk in Oberlangenbielau in Schlesien, besitzt die Dierig-Werke A.-G. in Berlin-Grünau, ferner die Frankenberger Bleicherei, Färberei und Appretur in Frankenberg. Sie hat Zweigniederlassungen in Augsburg, Hamburg und Reichenbach in Schlesien. Ferner gehört ihr die Ausrüstungsanstalt Wiesenthal A.-G. in Brombach und die Ernst-Mallinkrodt-Gesellschaft in Leipzig. Ihre Finanzgesellschaft ist die Baumwoll-Finanz-A.-G. in Bremerhaven. Außerdem besitzt sie ein großes Verkaufshaus in Berlin.

Dierig besitzt zwar nur etwa 60 000 Spinnspindeln, doch ist dieser Zuwachs immerhin nicht unbedeutend, wenn er zu den bereits vorhandenen etwa 500 000 Spindeln des Hammersen-Konzerns stößt. Damit repräsentiert dann auch dieser neue Konzern eine außerordentlich große Macht in der Baumwollindustrie.

Das drückt sich auch aus in der Bewertung der Hammersen-Aktien an der Börse, die am Tage des Bekanntwerdens dieser Fusion um nicht weniger als 10 Proz. anzogen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die Hammersen-Gesellschaft bei einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark einen Reingewinn von 1 723 000 Mk., aus dem der am 9. Juli stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 7 Proz. vorgeschlagen wird. Auch ein Beweis dafür, daß die Lage der Baumwollindustrie im Jahre 1929 nicht so sehr schlecht gewesen sein kann.

Auch sonst ist die Hammersen-Gesellschaft nach dem vorliegenden Geschäftsbericht nicht gerade schlecht gestellt. Besonders auf dem Gebiet der Ausrüstung ist auch im Jahre 1929 sogar eine Umsatzsteigerung erzielt worden.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß sich in der Baumwollindustrie, besonders in der Spinnerei, überhaupt eine scharfe Konzentration vollzieht.

Auch diese Fusionen werden den Anstoß zu weiteren Vereinigungen innerhalb der Textilindustrie bilden.

Gaukonferenzen

Gaukonferenz für den Gau Hannover

Die ordentliche Gaukonferenz findet am 6. und 7. September 1930 in Neumünster statt.

Tagesordnung.

1. Tätigkeitsbericht der Gauleitung.
2. Bericht über die Beschlüsse des Verbandstages.
3. Vortrag des Kollegen Rödel, Berlin.
4. Anträge und Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 30. August 1930 bei der Gauleitung eingereicht werden. Die Zahl der Delegierten (Bezirke usw.) werden durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Die Gauleitung. F. Dahlmann.

Gaukonferenz für den Gau Kassel.

Den Verbandssatzungen entsprechend findet die ordentliche Gaukonferenz für den Gau Kassel am

Sonnabend, dem 6. und Sonntag, dem 7. September 1930, in Kassel im „Gildehaus", Holländische Straße 21

statt.

Die Konferenz beginnt am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr.

Tagesordnung:

Bericht der Gauleitung.

Die Beschlüsse des Verbandstages in Stuttgart.

Anträge der Verwaltungsstellen.

Etwaige Anträge müssen bis zum 1. September 1930 bei der Gauleitung eingereicht werden.

Die Verwaltungsstellen sind berechtigt, Delegierte zu stellen: Apolda 3, Bleicherode 1, Einbeck 1, Eisenach 2, Ellrich 1, Erbach 1, Eschwege 1, Göttingen 1, Hersfeld 3, Kassel 3, Langensalza 2, Mühlhausen 3, Niedergebra 1, Nordhausen 1, Osterode 1, Schlotheim 1. Zusammengezogene Wahlbezirke: Calefeld a. d. H. - Hoheneiche 1, Röhrda - Ilmenau 1, Wetzlar - Andreasberg - Grünberg - Gladenbach 1.

Delegierte, die Logis wünschen, wollen dieses bis zum 1. September 1930 der Gauleitung mitteilen.

Mandatsformulare werden den Verwaltungsstellen rechtzeitig zugestellt.

Die Gauleitung.
Ernst Eckel.

Gaukonferenz für Württemberg, Baden, Pfalz.

Die ordentliche Gaukonferenz findet am Samstag, dem 13. und Sonntag, dem 14. September 1930, im Metallarbeiterheim in Stuttgart, Kanzleistraße 33, statt. Sie beginnt am 13. September, nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht der Gauleitung.
2. Die Beschlüsse des Verbandstages und die Durchführung derselben.
3. Herbstagitation.

Soweit die Delegierten Quartier wünschen, haben sie dies bis spätestens 5. September an die Gauleitung zu melden.

Nach § 10 Absatz 10 des Verbandsstatuts haben die Ortsgruppen Delegierte zu entsenden, und zwar:

Stuttgart 4, Lörrach 4, Reutlingen 4, Ebingen 2, Ettlingen 2, Göppingen 2, Heidenheim 2, Kaiserslautern 2, Kirchheim 2, Lambrecht 2, Mannheim 2, Singen 2, Sontheim 2, Ulm 2, Waldkirch 2, Wangen 2, Backnang 1, Balingen 1, Calw 1, Eßlingen 1, Neckarsulm 1, Offenburg 1, Sindelfingen 1, Tuttlingen 1, Urach 1, Urbach 1, Besigheim-Metzingen zusammen 1, Hall-Lauffen a. N. zusammen 1, Ravensburg-Isny zusammen 1, Ebhausen-Sulz zusammen 1, Hornberg-Schiltach zusammen 1.

Der Gauvorstand:
J. A.: Ferd. Hoschka.

Deutsche Gewerkschaftsbewegung

40 Jahre Fabrikarbeiterverband

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der in Hannover seinen Sitz hat, feierte am 28. und 29. Juni 1930 das Jubiläum seines vierzigjährigen Bestehens. Gleichzeitig konnte der Vorsitzende des Verbandes, der Genosse August Brey, sein vierzigjähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender feiern und noch ein Drittes: Zur gleichen Zeit konnte der Verband sein neues eigenes Heim beziehen, das er kürzlich erworben hat.

Nicht nur die vielen Blumenspenden, sondern auch die Teilnahme vieler Vertreter anderer Gewerkschaften des In- und Auslandes und des Fabrikarbeiterverbandes an der Feier selbst bewiesen, welch Ansehen sowohl der Fabrikarbeiterverband als auch sein verdienter Vorsitzender genießt.

Aus den Daten der Geschichte des Verbandes seien folgende hervorgehoben: Der Gründungskongreß des Verbandes fand vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 in Hannover statt, und zwar als Kongreß aller nicht gewerblichen Arbeiter Deutschlands. Der auf diesem Kongreß gegründete Verband sollte die allgemeine Organisation der ungelernten Industrie- und Landarbeiter sein, eine Art Gegensatz zu den damals bestehenden Berufsverbänden der gelernten Arbeiter. Erst der im Jahre 1906 in Leipzig abgehaltene Verbandstag beschloß die Beschränkung auf bestimmte Organisationsgebiete, und im Jahre 1908 wurde endgültiger Verzicht geleistet auf alle sonstigen Hilfs- und Landarbeiter, so daß das Werbegebiet des Verbandes nur noch bestimmte Industriezweige umfaßte. Am 1. August 1926 erfolgte dann die Verschmelzung des Verbandes der Fabrikarbeiter mit dem gleichzeitig gegründeten Keramischen Bund, der sich seinerseits aus den bisherigen Fachverbänden der Glas- und Porzellanarbeiter zusammensetzte. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands ist damit zu einer der größten deutschen Arbeiterorganisationen geworden.

Der infolge seiner 40jährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes mit diesem aufs engste verbundene Genosse August Brey wurde besonders gefeiert als ein wirklicher Führer, der er seinem Verbande gewesen ist.

Dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands und seinem Vorsitzenden August Brey gelten auch unsere Glückwünsche.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 13. Juli, ist der Beitrag für die 28. Woche fällig

Gauleitergesuch!

Für den Gau Augsburg wird an Stelle des derzeitigen Gauleiters, Kollegen Schönleben, der vom Stuttgarter Verbandstag als Kassierer in den Hauptvorstand gewählt wurde, ein neuer Gauleiter gebraucht.

Die Bewerbung um diese Stelle ist allen Verbandsangestellten freigegeben.

Alle Bewerber müssen langjährige praktische Erfahrungen im Verbandsleben haben.

Als Gauleiter können nur in Frage kommen, die selbständig disponieren, die das gesamte Organisations- und Agitationswesen kennen und leiten können, die imstande sind, taktisch und klug Tarifverhandlungen zu führen und die die Befähigung haben, in Wort und Schrift die Interessen des Verbandes zu vertreten.

Der Gauleiter fungiert in seinem Bezirk als Vertreter des Hauptvorstandes und hat die ihm erteilten Richtlinien zu beachten.

Kollegen, die überzeugt sind, den geforderten Ansprüchen zu genügen, wollen ihre Bewerbung spätestens bis zum 31. Juli 1930 bei der Hauptverwaltung einreichen.

Der Hauptvorstand.
gez. Karl Schrader, Vorsitzender.

Achtung! Verbandstagsdelegierte!

Diejenigen Delegierten, die in Stuttgart das Jahrbuch 1929 unseres Verbandes nicht erhalten haben, werden gebeten, ihre Adresse sofort dem Hauptvorstand mitzuteilen. Die Zustellung des Jahrbuches erfolgt dann umgehend. Der Vorstand.

Verlorenes Mitgliedsbuch

Das Verbandsmitgliedsbuch des Kollegen Felix Lieske, Andreher, geboren am 19. April 1907 in Hainichen i. S., in den Textil-Arbeiter-Verband eingetreten am 26. Oktober 1925 in Frankenberg i. S., Buch-Nr. B 05191 (Orts-Nr. 3817) ist als verlorengegangen gemeldet worden.

Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt. Bei etwaigem Auftauchen des Buches wolle man dasselbe an die Verwaltungsstelle Frankenberg i. S., Kollegen Gustav Sittig, Friedrich-August-Str. 6, einsenden.

Die Landesexekutive Kärnten des Bundes der freien Gewerkschaften Oesterreichs ersucht um nachstehende Mitteilung:

Dem Mitglied Johann Lippert, Verbandsbuch Nr. 42 886 (Angabe der näheren Personalien fehlt), soll auf der Wanderschaft das Mitgliedsbuch gestohlen worden sein.

Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt; taucht es bei irgendeiner Ortsverwaltung unseres Verbandes auf, dann bitten wir, es an die Hauptverwaltung Berlin zu übersenden. **Der Hauptvorstand.**

Wer weiß die Adresse?

Die Ortsverwaltung Barth a. d. Ostsee ersucht um Angabe der Adresse der Kollegin Anna Houdeck, eingetreten in den Verband am 25. November 1929, geboren 27. Juli 1879 (der Geburtsort kann nicht angegeben werden). Ist jemandem die Adresse bekannt, so bitten wir, diese an den Kollegen Paul Witt, Barth a. d. Ostsee, Hunnenstr. 12, zu übermitteln.

Der Hauptvorstand.

Verlag: Karl Schrader in Berlin, Dresdner Str. 20. — Verantwortl. Redakteur: Hugo Rödel in Berlin. — Für die Anzeigen verantwortlich: Paul Lange, Berlin SW 11. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Achtung!
Gelesene Nummern des „Textil-Arbeiter" wirft man nicht fort, sondern gibt sie Unorganisierten!

Wacholderbeersaft
seit ältester anerkannt als Blutreinigungsmittel liefert ½ kg-Dosen oder 12 Fl. M. 6.— franko
Laboratorium E. Walther, Halle-Trotha

Gummiwaren
Hygien. Artikel. Preisl. 11 gratis. „Medicus" Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8

Reklame-Angebot!
moderates Tourenrad mit Freilauf und Rücktritt, Ia rote Bereifung, elektr. Lampe, Pumpe, Glocke, 6 Jahre Garantie 65 RM
Mein Schlager: Freilauf-Tourenrad, Balloon-Ausstattung u. Balloon-Prima-Bereifung, elektr. Lampe, Glocke 85 RM
Pumpe, Tragkraft 300 Pfd., 6 Jahr. schriftl. Gar. 95 RM
Preisatkatalog über Fahrräder, Rahmen und Zubehör, Sprechapparate, Platten etc. portofrei
Teilzahlung 10 RM Anzahlung 2,50 RM Abzahlung
W. Schlewe, Berlin G, Weinmeisterstr. 4

Gummiwaren
hygienische Artikel. Verl. Sie unverb. illustr. Preisliste gratis. Elite-Versand, Berlin N 58

Abführmittel
In 3 Tagen
Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot, Halle a. S. 336 G.

Extraktreiche **Likäressenzen**
zum Selbstbereiten von Likören. 1 Dtz. für 12 Liter ausreich. M. 4.80
Laborat. E. Walther Halle-Trotha 97

Weiße Zähne: Chlorodont

Beilage zum Textil-Arbeiter

Nr. 28 — Berlin, den 11. Juli 1930 — Seite 221

Rationalisierung der Hauswirtschaft

Kosten, Zeit- und Kraftbedarf der Fußbodenreinigung

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat auch eine Untersuchung durchgeführt, die die Fußbodenreinigung im Haushalt zum Gegenstand hat. Die Untersuchungen wurden nach Versuchsplänen von Hausfrauen, Schulen und wissenschaftlich arbeitenden Stellen ausgeführt. Es wurden untersucht: das Aufwischen des Fußbodens und das Oelen und Bohnern desselben. Hinsichtlich der Kosten, Zeit und Kraft eines 25 Quadratmeter großen gestrichenen oder mit Linoleum belegten Fußbodens bei fünfmaliger Reinigung je Woche, einschließlich aller Nebenarbeiten, wie Herbeischaffen und Reinigung der Geräte, Beiseitestellung der Möbel, Lüften der Räume usw. hat das Untersuchungsergebnis zu folgenden Resultaten geführt:

	Jährliche Kosten	Jährliche Arbeitszeit
Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch	5,40 Mk.	96 Std.
Bei Verwendung eines Scheuermops	9,30 Mk.	82 Std.
Bei Verwendung eines Oelmops	15,80 Mk.	52 Std.
Bei Verwendung eines Bohnerbesens	10,00 Mk.	61 Std.
Bei Verwendung eines Besens mit einem Bohnertuch umwickelt	9,70 Mk.	63 Std.

Aus obigen Angaben ist ersichtlich, daß die billigste Methode das Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch ist. Sie erfordert allerdings auch die längste Zeit und beansprucht durch die unangenehme Arbeit des Auswringens viel Kraft. Die Verwendung eines Scheuermops mit Auswringvorrichtung erhöht zwar die Kosten, gestattet aber Zeitersparnisse und ermöglicht eine bessere kraftsparende Körperhaltung. Die teuerste Methode ist nach den Untersuchungen die der Staubbindung durch Oelen. (Verwendung eines ölgetränkten Mops.) Die gegenüber der ersten Reinigungsmethode gestiegenen Kosten ermöglichen aber eine Zeitersparnis von etwa 44 Stunden im Jahr. Dabei ist die Körperhaltung noch besonders bequem. Empfohlen wird die Verwendung der üblichen schweren Bohnerbesen. Wenn versucht wird, die Anschaffung eines Bohnerbesens dadurch zu umgehen, daß behelfsmäßig ein gewöhnlicher Besen oder Schrubber mit einem Bohnertuch umwickelt wird, dann bleiben durch geringere Lebensdauer des Gerätes die Kosten und auch die Zeiten annähernd gleich. Die Körperhaltung wird aber durch die Ausübung eines stärkeren Druckes bedeutend anstrengender. — Soweit die Untersuchungen des RKW. Die Untersuchungsergebnisse bilden eine Grundlage, auf der weiter gearbeitet werden kann. Ferner wurden vom RKW. Waschversuche gemacht, die zum Ziel haben den Einfluß der verschiedenen Waschverfahren auf die Festigkeit der Gewebefaser festzustellen. Ueber die Wärmewirtschaft (zweckmäßige Ofenheizung) werden ebenfalls Versuche gemacht. Man kann sich nur freuen, daß auch das Gebiet der Hauswirtschaft einmal gründlich untersucht wird. Denn auch die Arbeit der Hausfrau ist der Untersuchung wert.

Hausfrau, Arzt und Volksernährung

DKGS. Die Hausfrau ist der Ernährungsminister jeden Haushaltes. Was das heißt, wird erst verständlich, wenn man hört, daß vier Fünftel des Gesamteinkommens aller Deutschen für Ernährungszwecke durch die Hände der Hausfrau gehen. Als Verwalterin dieses Volksvermögens trägt somit die Hausfrau eine ungeheure Verantwortung, und ihre Aufgabe ist es, das ihr anvertraute Gut richtig zu verwalten, das heißt, das schwer erworbene Geld für Ernährungszwecke so anzulegen, daß es für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Familienmitglieder nützlich und förderlich ist. Darum muß jede Hausfrau sich einige Kenntnisse auf dem Gebiete der Ernährungslehre erwerben. Das geschieht nicht durch gute Ratschläge der lieben Nachbarin, das läßt sich nicht erlernen durch Rezepte aus dem Kochbuch, sondern hier muß der Hausfrau ratend und helfend vor allem derjenige zur Seite stehen, dessen Beruf es ist, Rezepte zu schreiben: der Arzt.

Die medizinische Wissenschaft hat gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf dem Gebiete der Ernährungslehre Außerordentliches geleistet, wovon auch die soeben eröffnete Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden erneut Zeugnis ablegt. Trotzdem sei vorausgeschickt, daß es auf die Frage: „Wie ernährt man sich richtig?" keine für jedermann und für alle Verhältnisse gültige Antwort gibt.

Der Nahrungsbedarf des gesunden Menschen ist von einer großen Reihe von Faktoren abhängig: Alter, Klima, Arbeit auf der einen, Gewohnheit, Mode, Bequemlichkeit und nicht zuletzt der Geldbeutel auf der anderen Seite, sind einige der wesentlichsten Momente, die Art und Menge unserer Ernährung beeinflussen. Die Wissenschaft kann also auch nur Durchschnittswerte errechnen, die im Einzelfalle eine Anpassung an die besonderen, persönlichen Verhältnisse erfordern. Die Grundpfeiler unserer Ernährung bilden Eiweiß, Fett und Zuckerstoffe (Kohlenhydrate) sowie Salze und Ernährungsstoffe (Vitamine). Von ihnen dient nur ein kleiner Teil zum Aufbau der durch die Lebenstätigkeit verbrannten Körpersubstanzen, der größte Teil wird im Körper verbrannt und spielt, ähnlich wie bei der Dampfmaschine, dabei die Rolle des Heizmaterials. Als Maß für die von einer Kost gelieferte Wärmemenge dient die sogenannte Kalorie. Da aber weder die Hausfrau noch der Gastwirt seine Ware auszeichnet mit Angabe ihres Gehalts an Nährstoffen oder Kalorien, so ist der Hausfrau mit Zahlenangaben kaum gedient, vielmehr wird da praktische Erfahrung oder im Einzelfalle besondere ärztliche Beratung notwendig sein. Ganz allgemein sei daher gesagt, daß unter unseren Nahrungsmitteln die Hauptträger der Kohlenhydrate Brot, Kartoffeln, Mehl, Zucker, Gemüse und Obst sind. Das Brot deckt etwa ein Drittel des gesamten Kalorienbedarfs der arbeitenden Bevölkerung. Als Durchschnittsquantum können etwa 200 bis 300 Gramm pro Tag angenommen werden. Dabei erhebt sich sofort die gegenwärtig besonders interessierende Frage: Weißbrot oder Schwarzbrot?, das heißt Weizen- oder Roggenbrot?

Da der deutsche Boden nicht genügend Weizen liefern kann, und wir genötigt sind, jährlich aus dem Ausland 1,8 Millionen Tonnen Weizen für teures Geld einzuführen, muß ein gesteigerter Verbrauch von Roggenbrot zunächst im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Vom Standpunkt des Arztes aus ist zu sagen, daß Weißbrot und Roggenbrot für den menschlichen Körper ziemlich gleichwertig sind. Das Weißbrot wird von vielen bevorzugt, weil es angenehm schmeckt, sich gut ißt und den Darm wenig belastet. Umgekehrt ist es ein Vorzug des Schwarzbrotes, daß es in den Kleiebestandteilen wichtige Nährstoffe enthält, daß es Mund und Zähne durch stärkere Inanspruchnahme unserer Kauwerkzeuge besser reinigt und die Darmtätigkeit anregt. Man wird daher gut daran tun, neben Weißbrot auch Schwarzbrot zu essen. Im übrigen ist aber, wie erwähnt, das Brot vor allem Träger der Kohlenhydrate, und diese lassen sich angenehm und abwechslungsreich auch in Gestalt anderer Nahrungsmittel zuführen. Hierher gehören vor allem Kartoffeln und fast sämtliche Gemüse. Da Gemüse, richtig zubereitet, auch der Hauptvitaminträger unserer Nahrung ist, sollte sein Verzehr im Küchenzettel der Hausfrau eine weit größere Rolle spielen als bisher. Auch hier muß aus volkswirtschaftlichen Gründen empfohlen werden, vor allem heimisches Gemüse zu kaufen, das durchaus nicht schlechter und nicht teurer ist, als ausländisches, wenn man nicht gerade „Erstlinge der Saison" auf den Tisch zu bringen strebt.

Was für das Gemüse gilt, trifft in gleichem Maße für Obstgenuß und Obstverbrauch zu. Doch ist dabei darauf hinzuweisen, daß man Obst zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen stets gewaschen oder, wenn möglich, geschält verzehren muß. Schließlich sei auch der Zucker nicht vergessen, der eines unserer billigsten, heimischen Nahrungsmittel als Kohlenhydratträger darstellt und durch die Vielseitigkeit seiner Verwendbarkeit in Getränken, in Kompotten, Mehlspeisen und Süßigkeiten einen viel größeren Verbrauch seitens der Hausfrau verdiente.

Wie die Kohlenhydrate, dienen auch die Fette im wesentlichen als Heizmaterial für den Körper. Kohlenhydrate und Fette können sich daher in hohem Maße gegenseitig vertreten. Da indessen das Fett in unserer Nahrung ohne Körperschädigung nie ganz fehlen darf, sei hier gesagt, daß wir im Durchschnitt 20 bis 70 Gramm Fett pro Tag, gleichviel in welcher Form, zu uns nehmen müssen. An Fett stehen der Hausfrau Butter, Schmalz, Margarine, Pflanzenfett und Oel zur Verfügung, wobei zu betonen ist, daß gute Margarine in ihrem Fettgehalt durchaus der Butter ebenbürtig ist. Der Fettgehalt läßt uns auch den Käse für Ernährungszwecke besonders schätzen. Hier wechselt der Gehalt: Schweizer, Edamer, Tilsiter sind reicher an Fett als zum Beispiel Harzer oder Quark aus Magermilch. Daß die Milch ein besonders hochwertiges Nahrungsmittel ist, das sämtliche Nährstoffe enthält, ist bekannt. Sowohl ihr Eiweiß- wie ihr Fettgehalt, außerdem aber auch ihr Reichtum an Vitaminen und Salzen, stempeln sie dazu. Wichtig vom Standpunkt des Arztes ist es, auf die Gefahren beim Genuß roher Milch, besonders auf die Ansteckung mit Tuberkulose, hinzuweisen und im allgemeinen den Genuß abgekochter Milch zu empfehlen.

Der größten Wertschätzung erfreut sich, besonders in der heutigen Zeit, das Fleisch als Nahrungsmittel. Es ist zweifellos einer unserer wichtigsten Eiweißspender, aber zunächst nur einer. Es ist verhältnismäßig teuer und belastet nicht nur unseren Geldbeutel, sondern auch den Stoffwechsel, insbesondere mit überschüssiger Säure. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß der Sättigungswert des Fleisches groß ist, und daß es sich durch seine rasche und bequeme Zubereitungsmöglichkeit ebenso wie durch seinen guten Geschmack seinen Platz in der Küche erobert hat. Um den Fleischgenuß tobt bekanntlich auch heute noch der Streit der Meinungen. Soweit der Arzt dazu Stellung nehmen kann, muß mindestens einer Einschränkung oder einem Ersatz durch andere Eiweißträger das Wort geredet werden. Hierher gehört vor allem der Fisch, insbesondere der Seefisch, dann aber auch Milch und Eier.

Auch in Fragen der Ernährung kommt es vor allem auf die richtige Mischung an. Die Kochkunst ist wirklich ein Kunst, und je mehr sie sich von der Mechanisierung unseres Zeitalters abwendet und eine persönliche, hausfrauliche Note annimmt, um so mehr wird sie dienen können der Gesundheit, der Volkswirtschaft und — dem Geldbeutel.

Dr. Curt Kayser.

Der volkstümlichste Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen, „Vorbeugen, nicht abtreiben", von Luise Otto erschien in der Verlagsbuchhandlung W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, bereits wieder in neuer Auflage. Das weitverbreitete Büchlein liegt nunmehr im 136. bis 145. Tausend vor. Diese hohe Auflagenziffer bejaht von vornherein das brennende Interesse, das dem vorliegenden Thema entgegengebracht wird und beweist gleichzeitig, daß die Broschüre ihren Zweck im Sinne des Titels erfüllt.

Frauen auf dem elektrischen Stuhl

Von M. Henninger.

Amerika hat wieder einmal eine Sensation. Eine junge Indianerin, Lila Jimmerson, hat die Frau ihres Geliebten erschossen und muß ihre Tat jetzt vor dem Richter verantworten. Während einer Verhandlung, der viele Neugierige beiwohnten, wurde sie von einem Blutsturz befallen, was die Spannung noch um einige Grade steigerte. Mit ganz besonderem Interesse sieht die Oeffentlichkeit dem Ausgang dieses Prozesses entgegen, zumal es sich um eine Indianerin handelt, der Angehörigen eines Volksstammes, dem der Amerikaner nicht gerade viel Achtung und Beachtung zollt. Aller Voraussicht nach wird sie ihre Affekthandlung auf dem elektrischen Stuhl büßen müssen und somit die Zahl der Frauen, die auf diese typisch amerikanische Art gerichtet wurden, um ein Opfer vermehren.

Kaum zwei Jahre ist es her, daß Ruth Brown Snyder und ihr Liebhaber Henry Judd Gray unter größter Anteilnahme des New Yorker Publikums den elektrischen Stuhl bestiegen. Daß gerade dieser Fall so viel Interesse erweckte, lag daran, daß es sich eben um eine Frau handelte. **Es geschieht äußerst selten, daß eine Frau zum elektrischen Stuhl verurteilt wird, wohingegen es gang und gäbe ist, daß Männer dort enden.** Dreiundzwanzig amerikanische Staaten wenden den Stuhl an, siebzehn praktizieren die Hinrichtung durch Erhängen, ein einzelner Staat, Nevada, verwendet Giftgas. In sieben Staaten ist die Todesstrafe abgeschafft.

Bislang haben drei Frauen auf dem elektrischen Stuhl, der seit 1890 in New York angewendet wird, ihr Leben lassen müssen. Im ganzen sind in den Vereinigten Staaten 9 Frauen hingerichtet worden. Die erste, Margaret Houghteling, wurde wegen Kindesmord im Jahre 1817 erhängt. Noch kurz vor dem Vollzug beschwor sie ihre Unschuld. Nach Jahren gestand eine andere Frau auf dem Totenbett, das Kind erwürgt zu haben. 1819 wurde eine Negerin, Rose Butler, wegen Brandstiftung in der City New Yorks erhängt, während zehntausend Menschen zuschauten. Drei weitere Frauen hatten ihre Ehemänner vergiftet und endeten am Galgen. 1884 mußte die letzte Gattenmörderin auf diese Art ihre Schuld büßen. Sie hatte ihren Mann ermordet und mit dessen zerstückeltem Leichnam Schweine gefüttert. Im Jahre 1899 bestieg unter allgemeiner Erregung die erste Frau den elektrischen Stuhl. Sie hieß Martha Place, war aus Brooklyn, wo sie ihre Stieftochter ermordet und auch versucht hatte, sich an ihrem Manne zu vergreifen. Theodore Roosevelt — damaliger Gouverneur von New York weigerte sich, Martha Place zu begnadigen. 1909 wurde eine Farmersfrau hingerichtet, die, um ihrem Sohn Vorteile zu verschaffen, eine Nachbarin ermordet hatte.

Die letzte Frau auf dem elektrischen Stuhl ist Ruth Snyder, die gemeinsam mit ihrem Liebhaber unter Zuhilfenahme eines Kontragewichtes nachts den schlafenden Ehemann ermordete. Darauf ließ sie sich von ihrem Freunde fesseln, um den Anschein zu erwecken, daß eindringende Verbrecher die Urheber der Tat seien. Der Polizei gab sie auch dahingehende, unzusammenhängende Erklärungen ab. Doch bevor zwei Tage vergangen waren, hatte sich das Netz bereits um die beiden zusammengezogen. Sie waren geständig, aber während der darauffolgenden Verhandlung verwandelte sich ihre glühende Liebe in ebensolchen Haß. Anstatt sich gegenseitig zu decken, bezichtigte einer den andern, Urheber und Anstifter der Tat zu sein. Das übliche Bild. Bezeichnenderweise hatte Ruth ihren Gatten in aller Heimlichkeit hoch versichern lassen, und suchte sich zur Verwirklichung ihres Planes eine Nacht aus, in der Albert Snyder nicht unbeeinflußt vom Alkohol aus einer Gesellschaft heimgekehrt war.

Die Hinrichtung des Paares wurde zu einer weltbewegenden Angelegenheit gestempelt. Man bangte dem Abschluß des Dramas entgegen. Von Stunde zu Stunde und schließlich von Minute zu Minute wurde das sensationslüsterne Publikum darüber informiert, was in Sing-Sing geschah. Auf dem Bürgersteig und dem Straßenpflaster türmten sich die Zeitungen und Extrablätter, während jedoch keiner der gewissermaßen populären Todeskandidaten, die einfach Judd und Ruth genannt wurden, vom Schicksal des andern etwas erfuhren. Beide hatten sie am Nachmittage ihr Testament unterschrieben.

Ruths bequeme Zelle mit einem großen Fenster, Bett, Tisch, Waschbecken, BC-Radio und Teppich, lag 160 Fuß von „The Death Chamber" (dem Totenzimmer) entfernt. Sie stieg in ein warmes Bad und wurde von drei Frauen angekleidet. Die Extrablätter schilderten damals bis in alle Details die Qualität ihrer Unterwäsche. Um siebeneinhalb Uhr verspeiste sie ihre letzte Mahlzeit, ein gefülltes Omelett und Bratkartoffeln. Um acht Uhr sagte sie ihrer Mutter Lebewohl, die sich noch einmal in ihrem tiefsten Schmerz photographieren ließ. „Heartbraken" — gebrochenen Herzens — stand unter dem Bilde, das kurze Zeit darauf schon auf allen Titelblättern der Zeitungen paradierte.

Die Hinrichtung fand um elf Uhr nachts statt. Der Henker war Robert E. Elliot, derselbe, der auch Sacco und Vanzetti ins Jenseits beförderte. Bei der Hinrichtung waren zwanzig Journalisten, mehrere Aerzte, sechs Gefängniswärter und der Sing-Sing-Direktor, Lewis E. Lawes, zugegen, der übrigens ein fanatischer Gegner der Todesstrafe ist.

Ein Pressephotograph der „Chicago-Tribune" hatte sich die Aufgabe gestellt, trotzdem es den Zeugen streng verboten ist, ein Bild Ruths von der Hinrichtung zu liefern. Er hatte eine eigens zu diesem Zweck konstruierte Kamera an seinem Bein befestigt; indem er dann im gegebenen Moment seine Oxfordhose ein wenig hochzog, machte er die Linse frei. Es glückte ihm, Ruth in dem Augenblick zu photographieren, in dem der Strom ihre Glieder durchraste. Einige Zeitungen verurteilten den kühnen Reporter, andere boten ihm natürlich Engagements an. Zwei Stunden später schrien sich jedenfalls die Zeitungsverkäufer auf dem Broadway heiser: „Einziges authentisches Bild von Ruth im Stuhl!"

Der Henker erhält ein Honorar von 150 Dollar für jedes Menschenleben, das er auslöscht. Er kommt übrigens nicht in persönlichen Kontakt mit dem Todeskandidaten, sondern beobachtet ihn nur durch eine kleine Scheibe, während er vor seiner Tafel Thomsons Amperemeter und Voltmeter steht. Sechs Wärter befestigen schweigend ohne irgendein Kommando die Elektroden und schnallen das Opfer fest. Der Scharfrichter schaltet dann, nachdem alles geordnet ist, den Strom ein. Nichts verschont ihn von der Gewißheit, ein Menschenleben ausgelöscht zu haben...

Wie es in einem Lande aussieht, wo man schlecht organisiert ist

Was ein organisierter Textilarbeiter anläßlich des Verbandstages der ungarischen Textilarbeiter hörte und sah

Nachstehender Artikel erschien vor kurzem im „Oesterreichischen Textilarbeiter", dem Verbandsorgan unseres österreichischen Bruderlandes. Der Verfasser dieses Artikels, der an dem kürzlich stattgefundenen Verbandstage der ungarischen Textilarbeiter teilgenommen hat, schildert auf Grund seiner persönlich gemachten Wahrnehmungen die in der ungarischen Textilindustrie herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Lage der dortigen Textilarbeiterschaft. Da es auch für unsere Mitglieder von Interesse sein dürfte, über diese Zustände Näheres zu erfahren, veröffentlichen wir diese Schilderungen hier ebenfalls.

Die Redaktion.

Der Friedensvertrag von Trianon hat Ungarn zwei Drittel seines Gebietes und seiner Bevölkerung genommen. Von den 24 Millionen Menschen, die es vor dem Zusammenbruch des Krieges zählte, sind ihm nur über 8 Millionen verblieben. Aber trotz dieser gewaltigen Verminderung des Territoriums und der Einwohner hat sich die Textilindustrie in Ungarn stark ausgebreitet. Das Bestreben der auf dem Boden der ehemaligen Monarchie entstandenen, voneinander unabhängigen Staaten, sich auch wirtschaftlich selbständig zu machen, hat sich eben auch hier ausgewirkt. Zählte die ungarische Textilindustrie vor dem Kriege etwa 16 000 Beschäftigte, so ist diese Zahl bis in die letzte Zeit auf 42 000 angestiegen.

Wie geht es nun diesen 42 000 Menschen, die in den Textilbetrieben Ungarns arbeiten und wie steht es um ihre gewerkschaftliche Organisation?

Dies zu erfahren hatte der Schreiber dieser Zeilen vor kurzer Zeit Gelegenheit. An Ort und Stelle konnte er sich davon überzeugen, daß die Lage der ungarischen Textilarbeiter schlecht ist und vor allem deshalb schlecht ist, weil nur einige Prozente von ihnen gewerkschaftlich organisiert sind. Von den 42 000 sollen angeblich 1400 in der freien Gewerkschaft stehen und ein Teil soll christlich organisiert sein. Aber auch diese minimale Ziffer muß mit Vorsicht ausgesprochen werden, denn in Wirklichkeit dürfte sie zu hoch sein.

Dieses Verhältnis, drei Prozent Organisierte und 97 Prozent Unorganisierte, nützen die Unternehmer und die unternehmerfreundliche Regierung weidlich für ihre kapitalistischen Interessen aus, was sie um so leichter tun können, da auch die Arbeiter in den anderen Industrien nicht viel besser organisiert sind. Die schlechten organisatorischen Verhältnisse tragen die Hauptschuld daran, daß die ungarischen Arbeiter heute nahezu vollständig rechtlos sind. In den Textilbetrieben und auch in den meisten anderen herrscht uneingeschränkt

die Willkür der Unternehmer.

Vertrauensmänner der Arbeiter gibt es in den Textilfabriken nicht. Ebensowenig ein Arbeitsverhältnis, das im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft geregelt wird. Der Unternehmer bestimmt ganz einseitig die Arbeitsbedingungen. Er setzt die Löhne fest, regelt die Arbeitszeit, niemand hat ihm etwas dreinzureden und wenn es trotzdem einer wagen sollte, fliegt er.

Löhne und Arbeitszeit

sehen aber auch entsprechend aus. In einem einzigen Textilbetrieb wird acht Stunden, in allen anderen aber neun, zehn Stunden, und wenn es der Fabrikherr gerade für notwendig befindet, noch länger gearbeitet.

Für Ueberstunden

soll von der achtundfünfzigsten Arbeitsstunde an ein 25prozentiger Zuschlag gezahlt werden. Kümmern sich die Unternehmer darum? In vielen Fällen nicht! Gewerkschaft ist keine vorhanden und so ist niemand da, der sie zur Einhaltung dieser Verpflichtung veranlassen könnte. Die Arbeiter selbst trauen sich aus Angst vor der Entlassung oder anderen Unannehmlichkeiten den Zuschlag nicht zu verlangen.

Ein Entgelt im Krankheitsfalle

wie bei uns existiert ebenfalls nicht. Ist deshalb nicht vorhanden, weil den Textilarbeitern der gewerkschaftliche Zusammenschluß fehlt, mit dessen Hilfe sie imstande wären, es durchzusetzen.

Der Lohn

für die unter unwürdigen Bedingungen und bei langer Arbeit zu leistende Arbeit ist gering. Ein Weber verdient beispielsweise 4 bis 5 Pengö täglich (ein Pengö ist etwa 0,70 Mk.). Hilfskräfte verdienen natürlich noch viel weniger. Von diesen niedrigen Löhnen müssen die Arbeiter die Kosten ihres Lebensunterhaltes bestreiten, was ihnen mehr als schwer fällt, denn die Preise sind nicht niedriger, sondern teilweise höher als bei uns. Vor allem müssen die Arbeiter einen großen Teil ihres monatlichen Einkommens für die Bezahlung der Wohnungsmiete verwenden.

50 Pengö

sind so das Normale, was für eine Wohnung und nicht einmal eine moderne, sondern in älteren Häusern bezahlt werden muß. Die Wohnungen in den neuen Bauten sind noch viel teurer.

Urlaub.

Einen Arbeiterurlaub gibt es, was die Leser nach dem bisher Angeführten wohl schon vorausgeahnt haben, auch nicht. Ja, der Arbeiter kann sich schon, wenn es dem Unternehmer genehm ist, einige Tage Urlaub nehmen, aber er bekommt dafür keinerlei Entgelt.

Und wie ist für den Arbeiter vorgesorgt, wenn er arbeitslos wird?

Gar nicht! Denn die Einrichtung einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge ist nicht vorhanden. Und da die Arbeiter auch nur zum allergeringsten Teil der Gewerkschaft angehören, so können sie auch von dieser Seite nichts bekommen und stehen so, wenn sie arbeitslos werden, außer den paar Pengös, die sie im größten Notfalle von der Armenfürsorge erhalten, vor dem vollständigen Nichts und sind dem größten Elend und der bittersten Not preisgegeben.

Erschwerung der Organisationsbestrebungen.

Die Bestrebungen, die darauf hinzielen, die ungarischen Textilarbeiter der Gewerkschaft zuzuführen, werden nicht nur durch die Unternehmer, sondern auch von den, diesen äußerst freundlich, den Arbeitern aber feindlich gesinnten Behörden mit allen erdenklichen Mitteln erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Als Kostprobe dafür sei folgendes angeführt. Als der Verfasser dieses Artikels nach Budapest kam, um als Vertreter unserer Union an dem Verbandstag teilzunehmen, bot sich ihm vor und im Verhandlungslokal ein Bild, das ihm so eindringlich die in Ungarn herrschenden Verhältnisse vor Augen führte. Beim Hauseingang standen zwei Polizisten, bei der Vorzimmertür wieder einer, bei der Eingangstür in das Lokal, wo die Tagung stattfand, stand noch einer. Im Verhandlungssaal, in dem sich mit den Gästen insgesamt etwa 45 Personen befanden, saß außerdem ein Polizist rückwärts und vorne, am Tisch des Präsidiums hatte ein höherer Polizeioffizier Platz genommen, der den Gang der Verhandlungen genau überwachte und durch seine Anwesenheit dafür sorgte, daß kein schärferes Wort gegen die hohe Obrigkeit und ihre kapitalistischen Bundesgenossen gesagt werde.

Wie sehr das freie Wort in Ungarn verpönt ist, sollen noch kurz zwei Beispiele zeigen. Eine Genossin hatte sich das neue Wien angesehen und dann in Budapest in einer Arbeiterversammlung über das Gesehene berichtet. Am Schlusse ihres Berichtes forderte sie die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß so wie in Wien auch aus dem schwarzen Budapest ein rotes werde. Wegen dieser Bemerkung wurde sie angeklagt und bekam

anderthalb Jahre Kerker.

Eine andere Genossin sprach in einer Versammlung gegen den Krieg. Sie wurde ebenfalls angeklagt und auf drei Monate in den Kerker geschickt, und zwar deshalb, weil jemand — wie der Staatsanwalt sagte —, der gegen den Krieg ist, auch gegen das Vaterland ist.

Diese flüchtige Schilderung der Verhältnisse zeigt, was Ungarn ist.

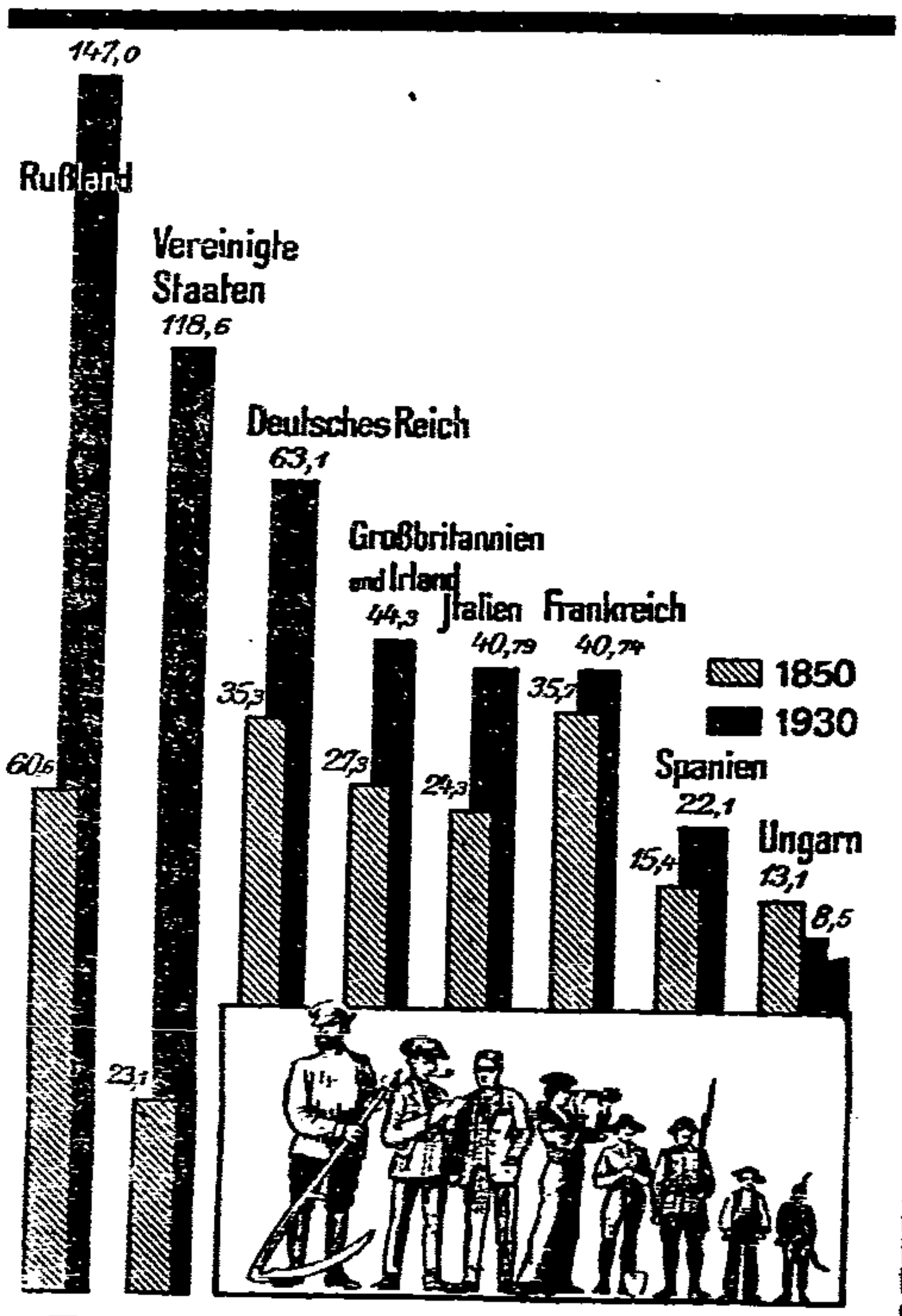
Ein Paradies für die Reaktion und Unternehmer.

Und ein solches „Paradies", in dem sie mit den Arbeitern machen können, was sie wollen, ersehnen sich auch unsere Reaktionäre und der Großteil unserer Unternehmer. Deshalb finanzieren sie ihre Garden, die Heimwehren, fördern die gelben Gewerkschaften, füllen mit ihrem Gelde die Wahlkassen der bürgerlichen Parteien, denn mit Hilfe dieser Faktoren hoffen sie, die Macht, die ihnen bei Erreichung dieses reaktionären Zieles entgegensteht,

die freien Gewerkschaften,

zertrümmern zu können.

Textilarbeiter und -arbeiterinnen! Lernt aus dem Schicksal eurer Brüder und Schwestern in Ungarn. Haltet an eurer Organisation fest. Stärkt sie durch die Gewinnung der noch Unorganisierten, damit wir die Absicht der heimischen Reaktion, euch das gleiche Los zu bereiten, für immer unmöglich machen können. M. F.



Bevölkerungswachstum in 80 Jahren

Die graphische Darstellung gibt eine Uebersicht der Einwohnerzahl wichtiger Länder in den Jahren 1850 und 1930 (bzw. nach den letzten Volkszählungen). An der Spitze der Millionenzahlen steht das europäische Rußland, dessen Einwohnerzahl in acht Jahrzehnten um über 140 Proz. stieg. Noch stärker, auf das mehr als Fünffache, wuchs die Bevölkerungsziffer der Vereinigten Staaten von Nordamerika, gespeist aus unerschöpflichem Einwanderungsquell. Bei den Zahlen für das Deutsche Reich und Ungarn ist der Bevölkerungsrückgang durch die Gebietsverluste nach dem Weltkriege zu berücksichtigen, ebenso bei Italien und Frankreich der Gebietszuwachs, der auf das Ansteigen der Bevölkerungszahl einen wesentlichen Einfluß hatte

Berichte aus Fachkreisen

Augsburg

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 20. Juli 1930, im „Karl-Hübsch-Haus" ein

Großes Sommerfest mit Kinderbelustigungen

stattfindet.

Die Reichsbannerkapelle und die Turner und Sänger von Augsburg-Ost wirken mit.

Wir machen unsere Mitglieder heute schon darauf aufmerksam, sich diesen Tag unter allen Umständen freizuhalten und ersuchen, durch Massenbesuch gleich dem Vorjahre auch heuer wieder das Fest zu einem wirklichen Familienfest der Textilarbeiter zu gestalten.

Brandenburg a. d. H.

Musterbeispiel des Indifferentismus! Folgende Zeilen sollen eine Warnung an die Arbeiterschaft sein, wenn ihre Lage durch eigene Schuld nicht noch schlechter werden soll, als sie schon ist. In einer hier neu errichteten Seidenwinderei arbeiten zurzeit in drei Schichten 15 Arbeiterinnen und drei Arbeiter. (Wie gemeldet wird, hat eine Arbeiterin es schon fertig gebracht, von früh 6 Uhr bis abends 23 Uhr zu arbeiten.) Auf eine Einladung an sämtliche Arbeitnehmer zu einer Betriebsbesprechung hin erschien in eigener Person der Chef selbst im Versammlungsraum eines nahen Gasthofs, während die Arbeiterschaft — auf einen deutlichen Wink von anderer Seite hin — nicht kam. Als sich der Arbeitgeber bei einem Glas Bier überzeugt hatte, daß von seinen lieben Getreuen niemand kam, ging er mit größter innerer Befriedigung wieder zum Betrieb zurück. In einer Besprechung mit den beiden Inhabern des Betriebes wegen Anerkennung des Lohn- und Manteltarifs erklärte einer der Herren folgendes: „Er sei bereit, mit seinen Leuten einen Werktarif zu schaffen, einen Betriebsobmann hätte er schon ernannt. (Es ist ein Mann, der dauernd in der Nacht von 22 Uhr bis 6 Uhr früh arbeitet. D. B.) Agitation für irgendeine Sache sowie die Verbreitung von Gewerkschaftszeitungen würde er nicht dulden." Nach längerer Verhandlung konnte von unserem Vertreter jedoch eine mündliche Erklärung der Firmenchefs erreicht werden, die besagt, daß sie die Tarife anerkennen und der Organisation keine Schwierigkeiten machen wollen, in den Pausen könnten die Arbeiter auch lesen was sie wollen — selbst Gewerkschaftszeitungen.

Ob diese Versprechungen eingehalten werden, kann noch nicht beurteilt werden. Im übrigen ist die Gewerbeinspektion in Potsdam auf den Betrieb ganz besonders aufmerksam gemacht worden, deren Aufgabe es sein wird, der Firma erst einmal die Gewerbeordnung zur Kenntnis zu bringen.

* * *

Unser Kollege Franz **Gersdorf** feiert am 13. Juli die goldene Hochzeit. Seit Anfang 1890 in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft hervorragend agitatorisch tätig, ist Kollege Gersdorf leider durch Krankheit seit sechs Jahren an sein Heim gebunden. Unsere besten Glückwünsche sollen Kollegen Gersdorf auch durch seinen ihn so liebgewordenen „Textil-Arbeiter" erreichen.

Die Ortsverwaltung.

Mühlhofen

Die Firma Johannes **Speck** G. m. b. H. Baumwollweberei hat ihren Sitz in Mühlhofen, ein Dorf im Amt Ueberlingen am Bodensee.

Wenn das Bibelwort „Der Gerechte muß viel leiden" zutrifft, dann ist die Arbeiterschaft in dem dortigen Betriebe sicher gerecht, denn sie muß außerordentlich viel leiden.

Wenn weiter zutrifft, was die badischen Textilunternehmer immer und immer wieder behaupten, daß nur durch Senkung der Löhne die badische Textilindustrie wieder konkurrenzfähig gemacht werden könne, dann müßte eigentlich die Firma Johannes Speck außerordentlich konkurrenzfähig sein, weil die Löhne, die dort bezahlt werden, weit unter dem allgemeinen Landesdurchschnitt liegen. Aber wie ist es nun, trotz der niederen Löhne, mit der Konkurrenzfähigkeit dieser Firma bestellt? Im März d. J. hat die Firma Stillegungsanzeige erstattet, angeblich wegen Mangel an Aufträgen. Von zirka 90 Beschäftigten wurden nun 27 entlassen. Durch die Stillegungsanzeige und die vorgenommenen Entlassungen glaubt man nun, daß die Arbeiterschaft genügend mürbe gemacht worden sei, um von ihr auch Unmögliches verlangen zu können. **Sogar von Frauen verlangt man die Bedienung von sechs gewöhnlichen Webstühlen.**

Die Firma gibt durch Anschlag bekannt, daß die Artikel, die für sie in Frage kämen, von anderen Firmen auf Automatenstühlen angefertigt und daher billiger abgesetzt würden. Die Firma müsse daher, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Bedienung von sechs gewöhnlichen Webstühlen verlangen. Die Firma will also den Fortschritt der Technik (Automatenstühle bei anderen Firmen) dadurch ausgleichen, indem sie von ihrer Arbeiterschaft verlangt, sechs gewöhnliche Stühle zu bedienen ohne jede technische Verbesserung, damit **sie das Geld für technische Verbesserungen sparen kann.** Ob sich die Arbeiterschaft, insbesondere Frauen, dabei zugrunde schuften, darüber hat sich anscheinend die dortige Betriebsleitung noch keine Gedanken gemacht. Denn Tatsache ist doch, daß der menschlichen Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit ganz natürliche Grenzen gezogen sind, und ein Weber, der sechs Stühle bedient, ohne Kettfadenwächter, ohne Stuhlputzer, ohne Stuhlvorrichter usw., wird in kurzer Zeit seine Arbeitskraft ruinieren. Was soll aber dann aus diesem verbrauchten Menschen werden? Auch sie werden nach kurzer Zeit als verbraucht und minderleistungsfähig zum Arbeitslosenheer übersiedeln.

Wir fordern daher die dortige Arbeiterschaft erneut auf, dem Verlangen der Firma nicht stattzugeben. Solange sich die Firma nicht bereit erklärt, Kettfadenwächter, Stuhlputzer usw. einzuführen, ist das Sechsstuhlsystem für die Arbeiterschaft untragbar.

Diejenigen Firmen, die heute infolge ihrer Automatenstühle billiger produzieren, haben diese Automatenstühle auch nicht geschenkt erhalten, sondern sie mußten dafür Geld anlegen. Die Firma Johannes Speck in Mühlhofen will mit diesen Firmen wohl in Konkurrenz treten, hierfür aber kein Geld ausgeben. Die Konkurrenzfähigkeit soll erreicht werden durch das Sechsstuhlsystem auf Kosten der Arbeitskraft und der Gesundheit der dortigen Arbeiterschaft.

Bildungsmöglichkeiten einst und jetzt

Ein Schüler des ersten Kursus in der Bundesschule des ADGB. in Bernau übersendet uns nachstehendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung, der wir, da es von großem Verständnis für die wirkliche Gestaltung der Dinge zeigt, gern nachkommen.

Ich hatte das Glück, am ersten Kursus in der neuen Bundesschule des ADGB. in Bernau teilzunehmen. Es war für mich nicht nur ein Glück deswegen, weil es der erste Kursus jenes neuen Bildungsinstitutes, das sich die Gewerkschaften aus eigener Kraft geschaffen haben, war, und ich auch noch nicht an einem solchen Kursus teilgenommen hatte, sondern auch deswegen, weil ich als junger Arbeiter — mit als jüngster Kursist — einen Einblick in die Vielseitigkeit der Wirtschaft und des Kampfes der Arbeiterklasse bekam.

Die Bildungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft haben einen vorteilhaften Umschwung durch den steten Kampf der Arbeiterbewegung erhalten. Wenn man etwas von dem Kampf der Arbeiterbewegung aus der alten Zeit gelesen hat, so kann man daraus ersehen, wie mühsam sich unsere Vorkämpfer ihr geistiges Rüstzeug, das sie im Befreiungskampf der Arbeiter gebrauchten, erwerben mußten. Setzt man im Gegensatz dazu heute das Bildungsinstitut in Bernau oder ähnliche Schulen, dann sieht man mit aller Deutlichkeit den Fortschritt der Arbeiterklasse auch in dieser Hinsicht im Laufe der Zeit.

Die große Wertgeltung, die sich die Gewerkschaften errungen haben, kam in Bernau auch dadurch zum Ausdruck, daß zur Einweihung der Bundesschule Vertreter der obersten Behörden des Reiches anwesend waren, das Neugeschaffene des ADGB. bewunderten und dem Werk eine gute Entwicklung wünschten. Vor dem Kriege waren es dieselben Behörden, die die freie Gewerkschaftsbewegung aufs schärfste bekämpften. Hier zeigt sich der große Einfluß, den sich die Arbeiterbewegung im Staate errungen hat. Hoffen wir, daß wir durch steten Kampf vom Einfluß zur Macht gelangen. Was sich die Gewerkschaftsbewegung im heutigen Staat für eine Geltung errungen hat, bezeugte auch die Rede des Vertreters des preußischen Staatsministeriums zur Eröffnungsfeier, der ausführte, daß ein Staat ohne Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaft undenkbar wäre.

Aus dem großen Lehrplan der Bundesschule sei erwähnt, daß die Einführung in die Wirtschaftsgeschichte uns deutlich zeigte, welches Können und Wissen heute notwendig ist, um den Kampf mit dem Unternehmertum erfolgreich führen zu können. Durch die Industrialisierung und Rationalisierung der Wirtschaft sowie durch den Zusammenschluß der Unternehmer in Kartelle, Truste und Konzerne sind auch die Aufgaben der Gewerkschaften gestiegen. Es muß heute sehr viel von den Gewerkschaften beachtet werden, um mit Erfolg Lohnkämpfe für die Arbeiter führen zu können. Die Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte von ihren primitiven Anfängen an bis zur gegenwärtigen Entwicklung stellt eine einzige kapitalistische Revolution dar.

Viel Kopfzerbrechen machte mir und vielleicht auch dem größten Teil der Kursisten der Unterricht im Bürgerlichen und Arbeitsrecht, dessen Kenntnis für jeden Funktionär der Gewerkschaft dringend notwendig ist. Kennt sich die Arbeiterschaft auf diesem Gebiete nicht aus, was heute zum größten Teil noch zutrifft, dann wird der Arbeiter um so mehr vom Unternehmertum ausgebeutet und entrechtet. Hier muß noch eine große Arbeit verrichtet werden, die zum Wohle der Arbeiterschaft ausschlagen wird.

Ich war mit der jüngste Kursist und habe gesehen, wie gerade wir von der jungen Generation lernen müssen, das Werk unserer Väter zu vollenden. Alle Kursisten werden danach streben, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um auf der in Bernau erhaltenen Grundlage weiterzulernen und zu kämpfen. Wir haben gelobt, Treue unserer Gewerkschaft zu halten und mitzuarbeiten am großen Befreiungswerk der Arbeiterklasse. Jedem Kursisten werden die Worte des Schulleiters, Herrn Dr. Seelbach, in steter Erinnerung bleiben, und jeder wird versuchen, sie zu verwirklichen.

Wie von den Kommunisten alles begeifert wird, was von Gewerkschaften und Sozialdemokratie geschaffen wird, so hat man auf dieser Seite auch für die neue Bundesschule nur Spott und Verleumdung übrig. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die Kommunisten nur Arbeiterpolitik mit dem Mund machen, die praktische Arbeit und deren Vorbereitung überlassen sie den Gewerkschaften. An die Kollegenschaft sei deshalb der Appell gerichtet, dauernd für die freien Gewerkschaften zu agitieren, denn nur durch deren Stärkung können wir das Befreiungswerk vollenden.

E. Buchwitz, Jahnsdorf i. Erzgeb.

Freigewerkschaftlicher Jugendtag in Köln

Eine machtvolle Demonstration. 15000 Fackeln leuchten am Rhein

12000 junge Proletarier marschierten am 21. Juni in die Domstadt in geschlossenen, festgefügten Kolonnen, 12000 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, geeint durch das Streben nach dem gemeinsamen Ziel. Aus allen Teilen des deutschen Westens waren sie herbeigeeilt. Mit wehenden roten Sturmbannern und lustig flatternden Fahrtenwimpeln marschierten sie in die Stadt. Alte und neue Weisen vom unermüdlichen Kampf um die Befreiung aller Schaffenden zitterten mahnend und doch freudig, siegesbewußt durch die Straßen und Gassen. Zu wuchtigem Bekenntnis wurde die festliche Kundgebung in der großen Messehalle. Was sich die Jugend auf einem ihrer früheren Jugendtage gelobte, hält sie weiter im Bann. Nie brach sie wissentlich den Schwur.

„Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft.

Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel.

Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen!"

Unvergeßlicher Ausklang der Veranstaltungen am Samstag, der mächtige Fackelzug, an dem über 15000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen.

Frohe Stunden verlebte das proletarische Jungvolk am Sonntag, dem 22. Juni, an dem eine kurze Dampferfahrt ins Rheintal unternommen wurde. Dem ganzen Rheinverkehr wurde durch die von Tausenden von Jugendlichen besetzten Sonderdampfschiffe in den frühen Morgenstunden und dem späteren Nachmittag eine ganz besondere Note aufgedrückt.

Einzug in die Stadt.

Am Samstagnachmittag stand das Leben und Treiben im und am Kölner Hauptbahnhof im Zeichen des Jugendtreffens. Immer neue Scharen junger Arbeiter und Arbeiterinnen drangen aus dem mächtigen Bahnhofsgetriebe. Aus allen Städten des weiten Bezirks Rheinland, Westfalen, Lippe des ADGB. — er reicht vom Saargebiet bis zum Münsterlande, von der Westgrenze des Reiches bis zur Weser — hatten sich schon lange vorher Teilnehmer angemeldet.

Kundgebung in der Messehalle.

Gegen 19 Uhr begann sich langsam die große Messehalle zur Eröffnungskundgebung zu füllen. Bald war die weite Halle bis auf den letzten Platz besetzt. Nach einem Orgelvortrag des Herrn Professors Bachem eröffnete der rheinische Gewerkschaftsführer, Reichstagsabgeordneter Hans Böckler, namens des Bezirksausschusses der freien Gewerkschaften für Rheinland, Westfalen, Lippe den Jugendtag.

Nach Ansprachen der staatlichen und kommunalen Behördenvertreter ergriff das Wort zur Festrede der mit stürmischem Beifall begrüßte frühere Reichsminister des Innern, Genosse Severing, der mit flammenden Worten auf die Ziele der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Aufgaben der Gewerkschaftsjugend im besonderen einging und die Jugend zu weiterem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus anfeuerte.

Nach zwei weiteren Orgelvorträgen des Herrn Professors Bachem erfolgte die Uraufführung eines Sprechchorwerkes des bekannten Dortmunder Arbeiterdichters Erich Grisar: „Das Tor", das von etwa 300 jungen Arbeitern und Arbeiterinnen vorgetragen wurde.

Gewaltiger Fackelzug.

In fünf mächtigen Menschensäulen nahmen die Teilnehmer der Kundgebung dann Aufstellung zu einem machtvollen Fackelzug, der sich vom Messegelände unter der Dombrücke her zur Hängebrücke, über diese dann auf der Kölner Seite wieder zur Rheinwerft, bis zum Dom und über die Dombrücke wieder zurück zum Messegelände bewegte. Ueber 15000 junge Gewerkschafter nahmen an dem eindrucksvollen Zuge teil. Während des Fackelzuges erstrahlten die linke Uferfront zwischen den beiden Brücken und der Dom im grellen Scheinwerferlicht. Die freien Wassersportler veranstalteten gleichzeitig auf dem Stromabschnitt zwischen den Brücken ein Lampion-Korso-Paddeln.

Dampferfahrten ins Rheintal.

Auf vielen großen Dampfern verschiedener Kölner Dampfschiffahrtsgesellschaften fuhren die Jugendteilnehmer am Sonntag schon in aller Frühe ins Rheintal. Gegen 15 Uhr startete der erste Dampfer zur Rückfahrt. Langsam folgten die übrigen. Mit der Heimfahrt fand ein Jugendtag sein Ende, der allen seinen Teilnehmern ein unvergeßliches Erlebnis sein wird, an das sie in ihrem späteren Leben nur mit Stolz und Freude zurückdenken werden.

Wir

Wir sind es, die kühn vorwärts schauen,
wir, die am Werk der Zukunft bauen.
Wir sind es, die das Weltrad treiben,
wir, die mit ihrem Blute schreiben
das neue Werde
der Erde.

Wir sind es, die das Eisen schmieden,
wir Kämpfer für den Völkerfrieden.
Wir sind es, die nach Sternen greifen,
wir, die im Licht der Zukunft reifen
zum neuen Werde
der Erde.

Wir sind es, die noch glücklos werben,
wir, die in grauen Hütten sterben.
Wir sind es, die noch Ketten tragen,
wir sind es, die das Leben wagen
ums neue Werde
der Erde.

Wir sind es, die aus schwarzen Schächten,
wir, die aus elendsschwangern Nächten
empor zum Licht der Sonne steigen.
Uns ist der Zukunft Krone eigen
im neuen Werde
der Erde.

Karl Benscheck, Holzarb.-Jugend.

Alberner Stolz

Aus einem brandenburgischen Städtchen schrieb uns vor einiger Zeit ein Kollege unter anderem folgendes:

„Hauptsächlich die Mädchen in der Posamentenbranche sind sehr schlecht zu organisieren, da sie sich nicht einmal als Textilarbeiterinnen fühlen. Sie sind so stolz, daß sie sagen: „Wir gehen ja nur ins Geschäft, und nicht in die Fabrik!" — Dabei ist dieses „Geschäft" eine Weberei, Spulerei oder Stickerei. Vielleicht läßt sich einmal in der Zeitung auf diesen albernen Stolz hinweisen. Wenn es uns doch einmal gelungen ist, solche jungen Mädchen für unsere Organisation zu gewinnen, dann verlangen die Eltern wieder den Austritt aus dem Verband, — eben weil die Mädchen etwas Besseres sein sollen ..."

Die Erfahrung unseres Kollegen zeigt uns auch hier wieder, daß es noch Menschen gibt, die einen beklagenswerten Mangel an Intelligenz besitzen. Diese jungen Textilarbeiterinnen glauben, sie könnten ihre Klassenlage dadurch vertuschen, daß sie sagen, sie gehen ins „Geschäft" und nicht in die Fabrik. „Geschäft", das klingt feiner, es hört sich an, als hätte man es überhaupt nicht nötig zu arbeiten — als könnte man sich einfach nur als „Haustochter" auf die Ehe vorbereiten. Aber da man zuviel überflüssige Zeit hat, nun, so ergriff man einfach eine Beschäftigung, die sich von der übrigen Fabrikarbeit etwas abzuheben scheint.

Jawohl, diese Tätigkeit hebt sich tatsächlich von der übrigen Fabrikarbeit beträchtlich ab, und zwar insofern, als sie oft erheblich niedriger bezahlt wird als jene. Ob man darauf stolz sein kann, möchten wir bezweifeln.

Und die zumeist erschreckend niedrigen Löhne jener Mädchen, die ins „Geschäft" gehen, haben ihre Ursache darin, daß sie es für unter ihrer Würde halten, sich zu organisieren. Damit müßten sie ja den Schein, daß sie etwas „Besseres" sind, aufgeben und sich mit den übrigen Arbeiterinnen, über die sie sich erhaben fühlen, in eine Linie stellen. Ihr Einkommen würde zwar steigen, weil sie vermöge ihrer Organisation ihren Arbeitgebern höhere Löhne abzwingen könnten; sie könnten nun aber nicht mehr zu den „besseren Ständen" zählen, und das wäre doch schrecklich.

Unser Kollege, der uns die eingangs erwähnte Erfahrung bei der Agitation mitteilte, schrieb uns noch, daß er trotzdem nicht davon ablassen werde, jenen „Mädchen, die ins Geschäft gehen", wie auch ihren Eltern, die eigentlich schlechte Interessenvertreter ihrer Kinder sind, immer wieder den richtigen Standpunkt klarzumachen.

Wir können das nur billigen, und wir möchten hinzufügen, daß jeder von uns für die nötige Aufklärung zu sorgen hat!

Erlebnisse in der Berufsschule

Eine Kollegin übersendet uns nachstehende Zeilen, die sehr beachtenswert sind und hiermit zur Allgemeinkenntnis gebracht werden sollen. Die Red. des „T.-A."

Ostern 1928 wurde ich aus der Volksschule entlassen. Dasselbe Jahr wurde ich gleich vom Arbeitsamt zur Firma G. geschickt, die mich gleich zur Berufsschule schickte, die ich noch heute besuche.

Das erste Jahr war ich in der Unterstufe und hatte folgendes durchgenommen: Zwei Stunden Gemeinschaftskunde und vier Stunden Nadelarbeit. In der Gemeinschaftskunde hatten wir durchgenommen: „Wie soll ich mich benehmen, wenn ich vom Arbeitsamt auf eine Stelle geschickt werde und vor allen Dingen Leuten und Eltern gegenüber." Zweitens Rechnen. In der Nadelarbeit hatten wir als erstes ein Taschentuch mit Hohlsaum, des weiteren ein Banktuch, ein Tag- und Nachthemd, einen Unterrock und eine Schürze genäht.

Das zweite Jahr wurde ich nach der Mittelstufe versetzt mit einem guten Zeugnis, worüber meine Eltern sehr zufrieden waren. In der Mittelstufe hatten wir das erste halbe Jahr folgendes durchgenommen:

1. Zwei Stunden Gemeinschaftskunde,
2. Vier Stunden Säuglings- und Krankenpflege.

Als wir die Krankenpflege durchnahmen, interessierte ich mich sehr dafür, denn ich dachte mir, daß es für mich für mein späteres Fortkommen sehr gut sein kann. Das nächste halbe Jahr hatten wir wieder folgende Fächer: Gemeinschaftskunde wie immer, nur die anderen vier Stunden wurden gewechselt und wir hatten einmal Waschen und Plätten. Auch hier habe ich wieder sehr gearbeitet, denn ich wußte, daß ich hier noch etwas dazulernen konnte.

Hierauf erfolgte die Versetzung nach der Oberstufe, wo ich mit dem besten Zeugnis weiter kam. In den Fächern wurden bis auf Gemeinschaftskunde die Stunden geändert. In der Gemeinschaftskunde wurden in der Oberstufe nur Aufsätze geschrieben über das, was wir in den vier Fächern durchgenommen hatten. Weiter erfolgten vier Stunden Kochen, womit wir uns heute noch befassen und wo ich auch sehr begeistert mitarbeite.

Wenn ich nun zusammenfassen und sagen sollte, was mich in den drei Jahren am meisten interessiert hat, so muß ich feststellen, daß ich an allem, was wir gelernt haben, mitgearbeitet habe, und wenn alle Berufsschüler so wären, wäre es bestimmt für unser späteres Fortkommen besser.

Elfriede R., Breslau.

Der Schutz der arbeitenden Jugend

Eine Schrift des IGB.

In der „Internationalen Gewerkschaftsbibliothek" des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist soeben eine der Frage des Schutzes der arbeitenden Jugend gewidmete Doppelnummer von zirka 120 Seiten erschienen. Man findet darin in sechs Hauptkapiteln Auskunft über das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit, die Regelung der Arbeitszeit, die Nachtarbeit, die Arbeit unter Tag, die Arbeitsinspektion usw. Der Behandlung dieser allgemeinen Fragen schließen sich Uebersichten über die in den verschiedenen Ländern vorhandenen Gesetze an, die die gewerkschaftliche Organisation der Jugendlichen verhindern oder an Bedingungen knüpfen. Ueber den speziellen Wirkungsbereich und die Stellungnahme der Gewerkschaften geben nachstehende Kapitel Auskunft: Sehen die Satzungen der Gewerkschaften eine Mindestaltersgrenze vor? Gleiche Rechte wie die Erwachsenen? Organisatorische Einrichtungen für Jugendliche und Lehrlinge. Zeitschriften für Jugendliche. Unter „Verschiedenes" ist untergebracht: Bezahlter Urlaub für Jugendliche. Jugendliche und Kollektivverträge. Berufsberatung und Berufswahl. Um zu zeigen, wie die ganze Arbeit an der Jugend in internationalen Beschlüssen und Programmen verankert ist, werden zum Schluß in einem Anhang das Jugendschutzprogramm des IGB. sowie die Beschlüsse und Forderungen auf dem Gebiete des Arbeiterbildungswesens wiedergegeben, ferner ein Auszug der Beschlüsse der diesbezüglichen [illegible] internationaler Arbeitskonferenzen. Da den Jugend- und Bildungsfragen in letzter Zeit von den Gewerkschaften aller Länder ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, kommt die neue Veröffentlichung des IGB. ohne Zweifel einem großen Bedürfnis entgegen. Die Broschüre erscheint in deutscher, französischer und [illegible] Sprache, kostet 1,50 Mk. und kann beim IGB. direkt sowie bei seinen Vertretern bezogen werden.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

B. TRAVEN:

BÄNDIGUNG

NOVELLE AUS DEM BUCH „DER BUSCH.

4] Copyright by „Büchergilde Gutenberg", Berlin

„Klüger oder nicht klüger", gab er zurück, „aber gerade als Bauer weiß ich, daß eine Kuh, die kein Kalb gehabt hat, keine Milch geben kann, ob du sie nun von hinten oder von vorne melkst. Wo keine Milch ist, da kannst du keine rausmelken."

„So, da willst du also sagen, daß ich nichts gelernt habe, daß ich eine dumme Henne bin, daß ich kein Examen gemacht habe. Und ich will dir auch gleich noch mehr sagen, ob du nun ein Bauer bist oder nicht: Hühner können Eier legen, ohne daß sie einen Hahn dazu brauchen."

„Richtig", sagte er, „ganz richtig, und Hähne legen zuweilen auch Eier, wenn die Hennen keine Zeit dazu haben, und Maultiere werfen Maultierfüllen, und es ist auch ganz richtig, daß viele Kinder geboren werden, die keinen Vater haben."

„So, du willst mir widersprechen, mir, die ich studiert habe, während du die Schweine gefüttert hast?"

— und das Blut lief in einem dicken Strom —

„Wenn wir, das ist ich und meinesgleichen, die Schweine nicht füttern, dann verhungern alle deine überklugen amerikanischen Professoren."

Sie wurde von einer Wut gepackt, wie er bisher nicht geglaubt hatte, daß ein Mensch einer solchen Wut fähig sein könnte.

Sie schrie: „Gibst du zu, daß ich recht habe, oder nicht?"

„Du hast recht. Aber eine Kuh, die kein Kalb gehabt hat, gibt keine Milch. Und wenn es eine solche Kuh gibt, dann ist es ein Wunder. Und Wunder sind Ausnahmen. In der Landwirtschaft aber kann man sich weder auf Wunder noch auf Ausnahmen verlassen."

„So, du verhöhnst mich und beschimpfst mich noch obendrein?"

„Ich beschimpfe dich nicht, aber Kühe, die kein Kalb gehabt haben, geben keine Milch, und einen brauchbaren Sattelgurt aus Ziegenleder kann man auch nicht machen."

Die Ruhe, mit der er das sagte, brachte sie in größere Raserei, als das ein aufgeregter Widerspruch von ihm getan haben könnte.

Auf dem Tisch stand ein steinerner Wasserkrug. Mit einem Ruck war sie hoch, ergriff den Krug und pfefferte ihn ihrem Widersacher an den Kopf. Die Kopfhaut platzte, und das Blut lief in einem dicken Strom dem Don Juvencio über das Gesicht.

In einem Film oder in einem guten Roman würde jetzt das Mädchen ihre rasche Tat bedauert haben, sie würde ihr Seidentüchelchen genommen haben, hätte es auf die Wunde gepreßt, dann die Wunde mit zarten Händen ausgewaschen, dann den armen Kopf in ihre Arme gepreßt und ihn mit Küssen bedeckt, und am nächsten Morgen wären beide zur Kirche marschiert, hätten sich verheiratet und hätten von nun an für den Rest ihres Lebens in eitel Glück und Zufriedenheit gelebt. Da es sich aber hier weder um einen Film noch um einen Roman handelte, so lachte Donja Luisa nur höhnisch auf, als sie den blutenden Freier sah, und schrie: „So, nun wirst du wohl endlich genug haben mit deiner Rechthaberei und mit deinem ewigen Besserwissenwollen. Und wenn du wirklich noch im Sinn gehabt hättest, mich zu heiraten, dann ist das jetzt ausgemacht ein für allemal: Ich [illegible] und ich kommandiere. Wenn du damit einverstanden bist, gut. Wenn nicht, dann wird nichts daraus, und du kannst meinetwegen zur Hölle gehen mit deinen Rechthabereien und mit deinem Herumkommandieren. Such dir ein dummes Indianermädchen zur Frau, mit der kannst du solche Dinge machen, nicht mit mir. Du [illegible]"

Er ging aus dem Zimmer, ohne ein weiteres Wort zu sagen.

Er ging zum Doktor.

* * *

Es war in den letzten Wochen in der Stadt schon [illegible] bekannt geworden, daß Donja Luisa [illegible] Es war auch bekannt [illegible] mit der man [illegible] Denn in unserer lieben Stadt, auch in Mexiko, kann ein unverheirateter Mann nicht mehr als dreimal in ein Haus gehen, wo ein heiratsfähiges Mädchen mit seiner Familie lebt, ohne daß jeder weiß, warum der Mann so häufig in jenes Haus auf Besuch geht.

Als Don Juvencio zwei Tage später mit verbundenem Kopf in der Stadt gesehen wurde, wußte man, daß die beiden sehr nahe vor der Heirat gestanden hatten, daß aber jetzt die Sache aus und vorbei sei.

Don Juvencio hatte auch gleich Freunde um sich herum.

„Aber, Hombre, Bencho, warum hast du denn nichts gesagt? Wir hätten dir doch die Augen aufknöpfen können. Die ist doch bekannt, daß sie ein Teufel ist. Schlimmer als ein Teufel. Die ist die Hölle und das Fegefeuer schon vor der Heirat. Was sie nach der Heirat sein wird, dafür gibt es kein Beispiel. Wie kannst du denn nur auf diese Tigerin so reinfallen! Weißt du denn, wie viele Bewerber sie in derselben Weise heimgeleuchtet hat wie dich? Ein halbes Dutzend langt nicht. Wer sie kennt, läßt die Finger weit davon. Hier kriegt sie keinen. Hier ist sie durch. Sie konnte nur noch einen erwischen wie dich, der von Welt und Hund nichts weiß, der nicht reinkommt von seinem

Als Don Juvencio zwei Tage später mit verbundenem Kopf —

Bändigung da draußen. Danke deinem Schöpfer, daß du den Kopf noch zur rechten Zeit bekommen hast, ehe es zu spät war. Dir wird ja jetzt das Hirn da oben wieder zurechtgerückt worden sein. Wenn du heiraten mußt, heirate, was dir in den Weg gelaufen kommt, ganz gleich, woher sie kommt und wie sie kommt; aber laß diese [illegible] allein. Wir sind uns bis heute noch nicht ganz sicher darüber, ob sie nicht ihren Vater und ihre Mutter erschlagen hat. Die sind beide merkwürdig rasch gestorben, und sie waren gar nicht krank. Und der Doktor, der das Attest ausgeschrieben hat, na, da weiß man ja auch nicht so recht, er war der Familiendoktor, und er muß es auch lernen und will keinen Gestank haben und vor den Gerichten keine Zeit verlieren. Die könnte zehn Millionen haben und noch zwanzigmal eine hübschere Fratze vorgebunden haben, einer, der sie kennt, nimmt sie nicht in einen Sack gebunden und umsonst."

* * *

Zwei Monate später waren Don Juvencio und Donja Luisa verheiratet. Er hatte wohl zugestanden, daß er nicht darauf bestehen würde, recht zu haben, wenn sie anderer Meinung sei, und er hatte wohl auch zugestanden, daß sie in der Ehe die Zügel führen dürfe. Das muß als sicher angenommen werden, weil ja sonst diese Heirat gewiß nicht möglich gewesen wäre.

Die Meinung der Männer in der Stadt war geteilt. Die einen sagten, Don Juvencio müsse ein ungemein mutiger Mann sein, weil er sich zwischen die Tatzen des Tigers gelegt hatte. Andere glaubten, er sei in eine gewisse sexuelle Abhängigkeit geraten, die ihn blind gemacht habe, und er würde wahrscheinlich aufwachen, sobald er seine Wünsche nach der Verheiratung gefühlt habe. Wieder andere meinten, daß er sich in einer unüberlegten Fahrlässigkeit ihr gegenüber habe etwas zuschulden kommen lassen, das ihn zwang, sich wider bessere Einsicht zu verheiraten. Abermals andere sagten, er sei doch wohl im Grunde sehr geldgierig, daß er alles übrige darüber vergessen konnte. Wieder andere meinten, er sei vielleicht ein wenig anormal veranlagt und liebe es, unter dem Joch und der brutalen Gewalt einer Frau zu stehen. Und endlich waren da genug, die sagten, daß er wohl mehr auf eine hübsche Außenwand sehe als auf das, was dahinter ist.

Aber was die Männer auch in ihren einzelnen Parteien gedacht haben mögen, alle, ohne Ausnahme, sahen den kommenden Geschehnissen, die sich aus dieser Ehe entwickeln würden, mit einer erregten Spannung entgegen wie der Fortsetzung in einem guten Mörderfilm. Und die Wahrheit ist, daß niemand, selbst nicht jene Freier, die gern das Vermögen der Donja Luisa gehabt hätten, Don Juvencio beneideten oder es nachträglich bedauerten, daß sie nicht doch das Mädchen unter allen Umständen genommen hatten, als Gelegenheit dazu war. Jeder sagte zu sich und zu seinen Bekannten, daß er nicht im Fell des Don Juvencio stecken möchte.

Es kann nicht angenommen werden, daß Don Juvencio jemals von einem Manne gehört hatte, dessen Name Shakespeare war, noch viel weniger darf angenommen werden, daß Don Juvencio je davon gehört hatte, wie man, nach dem Bericht jenes Mr. Shakespeare, rabiate Tigerinnen in England zähmt. Und hätte Don Juvencio wirklich jenen Bericht gelesen, so war er doch Mexikaner genug, um zu wissen, daß in Mexiko die Zähmung nicht nach englischen Rezepten vorgenommen werden kann, um Wirkung zu haben, sondern nach Erfahrungen, die einen hier der Busch lehrt.

Bei der Hochzeitsfeierlichkeit hatte er ein Gesicht aufgesetzt, aus dem niemand schließen konnte, ob er zufrieden mit sich und der Welt sei oder nicht. Aber allen Gästen fiel es auf, daß er seiner jungen Frau immer recht gab, ihr in allem, was sie sagte, zustimmte, und wenn im Laufe der langen Sitzung wiederholt das Gespräch darauf kam, besonders von den anwesenden Damen, wie die beiden Leute dieses oder jenes in ihrem Hause und in ihrem künftigen Leben halten würden, da sagte er, das wird getan, wie Donja Luisa das anordnet. Als in vorgerückten Stunden nicht nur die Männer, sondern auch die Damen angeregter wurden durch die Getränke, fielen mehr und mehr Anzüglichkeiten über die starke junge Frau und den schwächlichen und nachgiebigen Mann, und daß nun eine neue Zeit auch in Mexiko angebrochen sei, in der endlich die Frau das Kommando übernehme. Zu allen solchen Neckereien, die zuweilen hart so dicht gingen, daß er offen lächerlich gemacht wurde, blieb er gleichgültig wie eine vertrocknete Speckkruste.

Einer seiner alten Freunde, sehr angetrunken, stand auf und rief über den ganzen Tisch hin: „Bencho, wir schicken besser morgen früh die Ambulance hinaus, um deine Knochenreste abzuholen."

Einer seiner alten Freunde —

Es folgte ein brüllendes Gelächter.

Das war ein sehr gewagter Scherz. Bei viel schwächeren Scherzen wird in Mexiko, sei es bei einem Begräbnis oder bei einer Kindtaufe oder bei einer Hochzeit, nach solchen oder ähnlichen nackten Bemerkungen sofort gezogen und geschossen. Selbst bei einer Festlichkeit in den vornehmeren Kreisen. Hunderte von Hochzeiten enden mit drei oder vier Toten, darunter häufig der junge Ehemann und nicht selten — wenn auch nur durch fehlgegangene Schüsse — die Braut. Denn bei dem heißen Blut der Mexikaner und bei der Zimperlichkeit, mit der sie das betrachten, was sie Su Honor, ihre Ehre, nennen, weiß man nie, in welcher Weise eine Neckerei aufgenommen werden wird.

Aber hier lief alles friedfertig ab.

(Fortsetzung folgt.)

Tante Alwine

Motto: „Nur hineingeleuchtet mit der roten Lampe
In die duftre, spießige Schlampampe."

Grete, die Tochter der Witwe Feim, — kommt eines Tages von der Arbeit heim — und sagt: „Muttel, ich hab' mir's überlegt und erkannt: — als Arbeiterin gehöre ich in den Verband!" —

Die Mut'er sagt zwar nichts dazu, — doch läßt ihr die Sache keine Ruh'. — Am Abend noch erzählt sie der Tante Alwine, — daß es der Gretel für richtig erschiene, — dem Verband beizutreten! — Ihr persönlich sei das einerlei, — aber sie möchte immerhin erst Alwine beten, — zu sagen welcher Meinung sie sei! — Zunächst bleibt der Tante Alwine vor Schreck — auf fünf Sekunden die Spucke weg. — Nach dieser Gnadenfrist (arme Grete!) — rafft sie sich auf zu folgender Rede: — „Liebe Schwägerin, ich erkenn' dich nicht wieder! — Du sagst mir hier so einfach und bieder, — die Grete will in den Verband, mir ist das egal... — Liebe Schwägerin, ein für allemal: Mit uns ist's aus, geschieht dieser Skandal!! — Dein Mann, er würde sich im Grabe umdrehen, — müßte er seine verdorbene Tochter sehen! — Die ganze Familie geriet in Schande — wegen dem Saumensch mit ihrem Verbande! — Seht das vollkommene Mädel an! — Und sowas will dann auch noch 'nen Mann? — Das ist das Ende vom Lied! — Dafür habe ich mich bemüht, — den Sohn des reichen Gastwirts Götel — zu interessieren für unser Gretel? — Glaubt ihr denn, daß der junge Mann — eine rote Karline heiraten kann? — Ihr gehört mit dem Knüppel was auf den Pelz! — Sie kriegt doch als „Rote" bloß noch 'nen Hölz! — O, du lieber Gott, wäre das mein Kind — dann nähm ich 'nen Strick und hängt' mich geschwind! — Meine liebe Schwägerin, — noch einmal! — Mit uns ist's aus, geschieht dieser Skandal!"

Die Türe kracht! Die Tante ist fort! — Das arme Gretel kam gar nicht zu Wort. — Zaghaft spricht's arme Mägdelein: — „Wein' nicht Muttel, ich sehe ein, — in den Verband darf ich nicht hinein. . ."

Wie viele „Gretchens" bleiben unorganisiert, — weil „Tante Alwine" das Szepter führt??

Tutt, ein Wirker.

Quodlibet

Wie viele Sprachen werden auf der Welt gesprochen? Nach den neuesten Feststellungen gibt es 858 lebende Hauptsprachen, und zwar 46 in Europa, 153 in Asien, 118 in Afrika, 424 in Nord- und Südamerika und 117 in Australien und Ozeanien. Wenn man alle Idiome und Dialekte berücksichtigen würde, würde sich die Zahl der lebenden Sprachen auf 2796 erhöhen.

„Ueberall" und „Nirgends"

Wenn du mich fragst, wo ich zu Haus bin:
„Ueberall!" würde ich antworten.
Am Meer, im Walde,
Zwischen reifendem Getreide,
Unter jungen und alten Menschen.
Bauern, Städtern
Und wetterfesten Seeleuten, die
Ueber die Wasser der Erde
Mutvoll ihre Fracht zu tragen wissen.
Wenn du mich fragst, wo ich zu Haus bin:
„Nirgends!" könnte ich sagen.
Ich habe zu eigen wenig von dem,
Was Ruhe oder Bequemlichkeit verheißt.
Mein Fuß rastet so lange nicht, und
So ichs nicht will, holt mich der Wind
Aus dämmernden Stuben;
Rufen die Vögel mich
Hinaus in den schimmernden Morgen.
Der Straßen sind viele,
Ich möchte alle gehen.

Alexander Merly.

Krokodilstränen ist die Bezeichnung für erheuchelte Tränen. Nach einer alten Sage sollen die Krokodile die Stimme weinender Kinder nachahmen, um mitleidige Leute heranzulocken und diese dann zu verschlingen.

Blindheit. Ueber die Häufigkeit der Blindheit schwanken die Angaben der verschiedenen Länder zwischen 5 (Holland) und 21 (Finnland) auf je 10 000 Personen. In Deutschland rechnet man 8 bis 9 Blinde auf je 10 000 Einwohner. Von den Insassen der Blindenanstalten entfällt etwa der achte Teil auf angeborene, der dritte bis vierte Teil auf durch Augenentzündung der Neugeborenen erworbene Blindheit.

Kesseltreiben heißt im bildlichen Sinne eine von mehreren Seiten gegen jemanden betriebene Hetze. Das Wort ist aus dem Jagdbetrieb übernommen. Bei der Treibjagd auf Hasen wird auf ein gegebenes Zeichen der Kreis der Treiber immer enger geschlossen, so daß die Hasen zuletzt in den entstandenen Kessel gedrängt werden.

Auch Käfer werden gezüchtet. In Sakramento (Kalifornien) befindet sich eine staatliche Insektenzüchtanstalt, deren Hauptaufgabe in der Züchtung von Marienkäferchen (Coccinella septempunctata) besteht. Nach einem Zeitungsbericht wurden vor einiger Zeit 1000 Kilogramm (ungefähr 520 Millionen Stück) nach den Melonenfeldern von Imperial Valley geliefert, wo sie sich als Vertilger von Blattläusen und anderem Ungeziefer vortrefflich bewährten.

Die Kastanien aus dem Feuer holen ist eine Redensart, die aus einer Fabel „Der Affe und die Katze" von Lafontaine stammt. Ein Affe überredet eine Katze, geröstete Kastanien für sie beide aus dem Feuer zu holen, die er dann mit Behagen verspeist, während sich die Katze die Pfoten verbrannt hat.

Faultiere sind der Säugetiergattung zugehörige plumpe, nur auf Bäumen im tropischen Südamerika lebende Tiere, charakteristisch durch große, gebogene Krallen und den Mangel an Schneidezähnen. Das Faultier der Urzeit (Megatherium monstrosum) war von der Größe eines Elefanten.

Eine genaue Waage. Die Bank von England besitzt zur Kontrolle der aus- und eingehenden Goldstücke eine 2000 Kilogramm schwere Waage von unerhörter Empfindlichkeit. Sie befindet sich hinter einem großen Glasgehäuse und wird auf hydraulischem Wege in Tätigkeit gesetzt. Diese Waage registriert bereits Gewichtsunterschiede von 28 Milligramm. Legt man eine Postmarke auf die eine Schale, so schwankt der Zeiger gleich um 15 Zentimeter. Sobald ein Goldstück das geringste Ueber- oder Untergewicht besitzt, ertönt sofort eine elektrische Klingel, um auf den Fehler aufmerksam zu machen.